

Politik in Zahlen

Daten und Fakten
zur Situation der Führungskräfte
in der Bundesrepublik Deutschland

Inhaltsverzeichnis

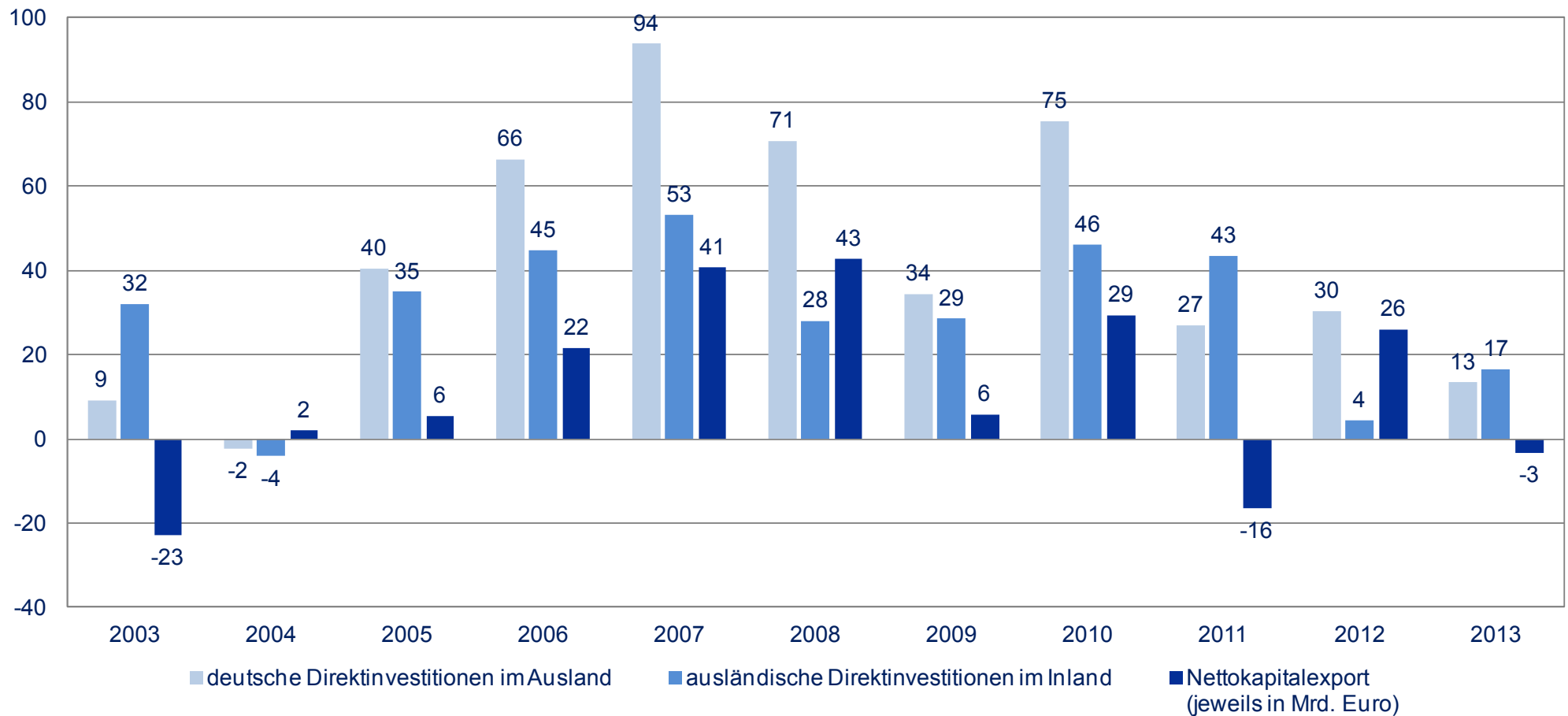


1

Industrie/Energie

1. Direktinvestitionen
2. Verkehrsinvestitionen
3. Energieträger
4. Energieverbrauch
5. Innovationen
6. MINT-Beschäftigte

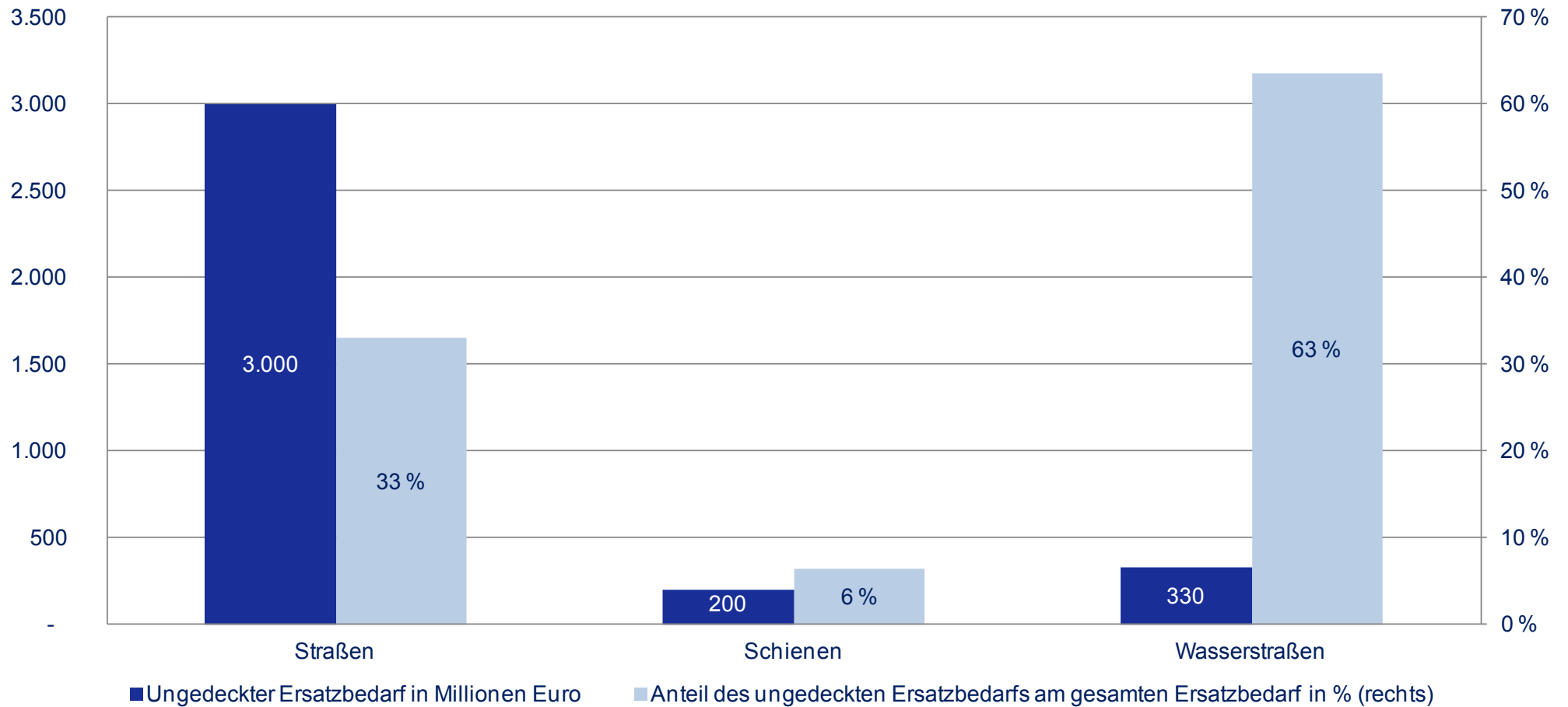
Direktinvestitionen: Deutschland ist Nettoexporteur



Quelle: Deutsche Bundesbank. Ohne reinvestierte Gewinne

Zwischen 2003 und 2013 lagen die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland insgesamt rund 113 Milliarden Euro höher als die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland.

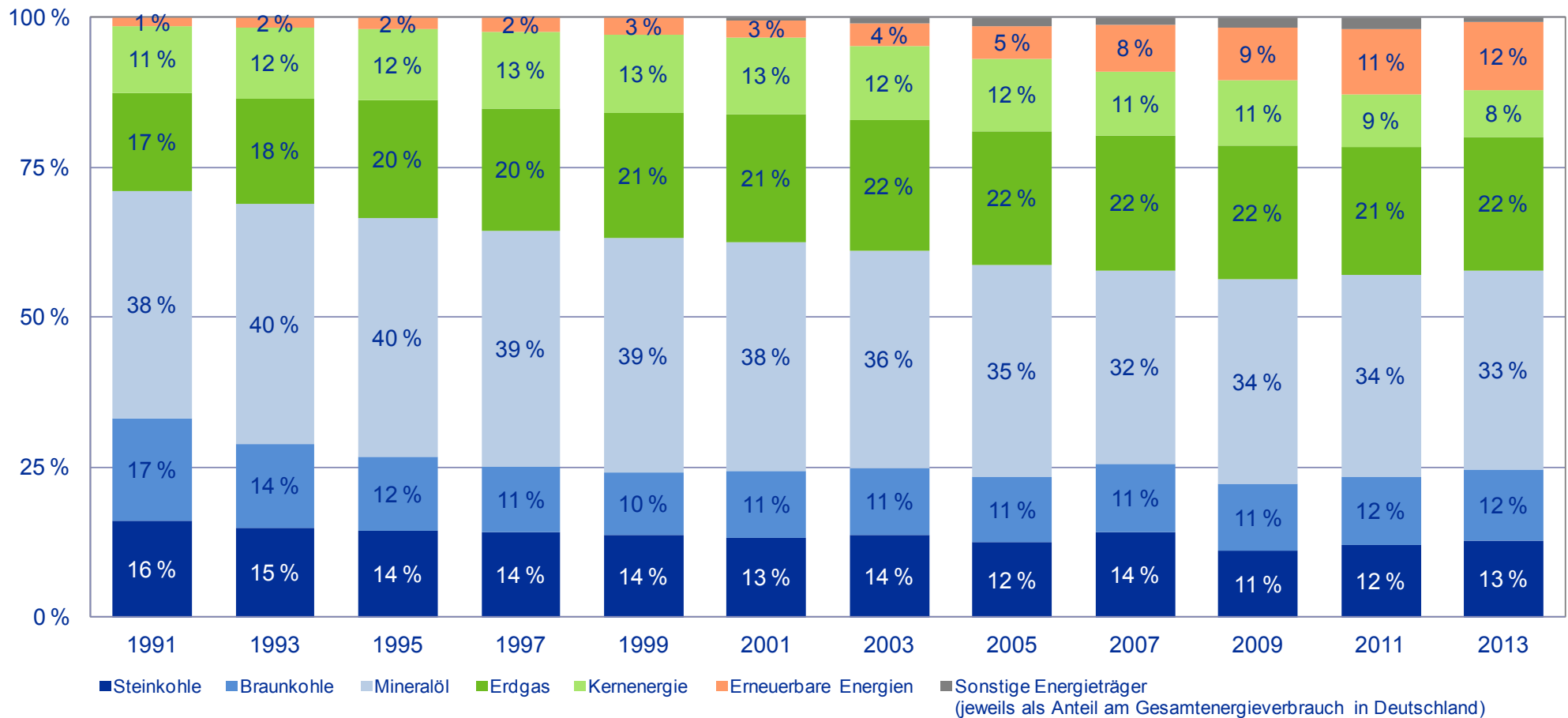
Verkehrsinvestitionen: Ersatzbedarf nicht gedeckt



Quelle: DIW Wochenbericht Nr. 26.2013

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin kommt zu dem Ergebnis, dass bei den notwendigen Ersatzinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur in den Jahren 2006 bis 2011 fast vier Milliarden Euro gefehlt haben. Das sind 30 Prozent des gesamten Ersatzbedarfs. Dabei ist der im Hinblick auf das zunehmende Verkehrsaufkommen nötige Ausbau der Infrastruktur noch nicht berücksichtigt.

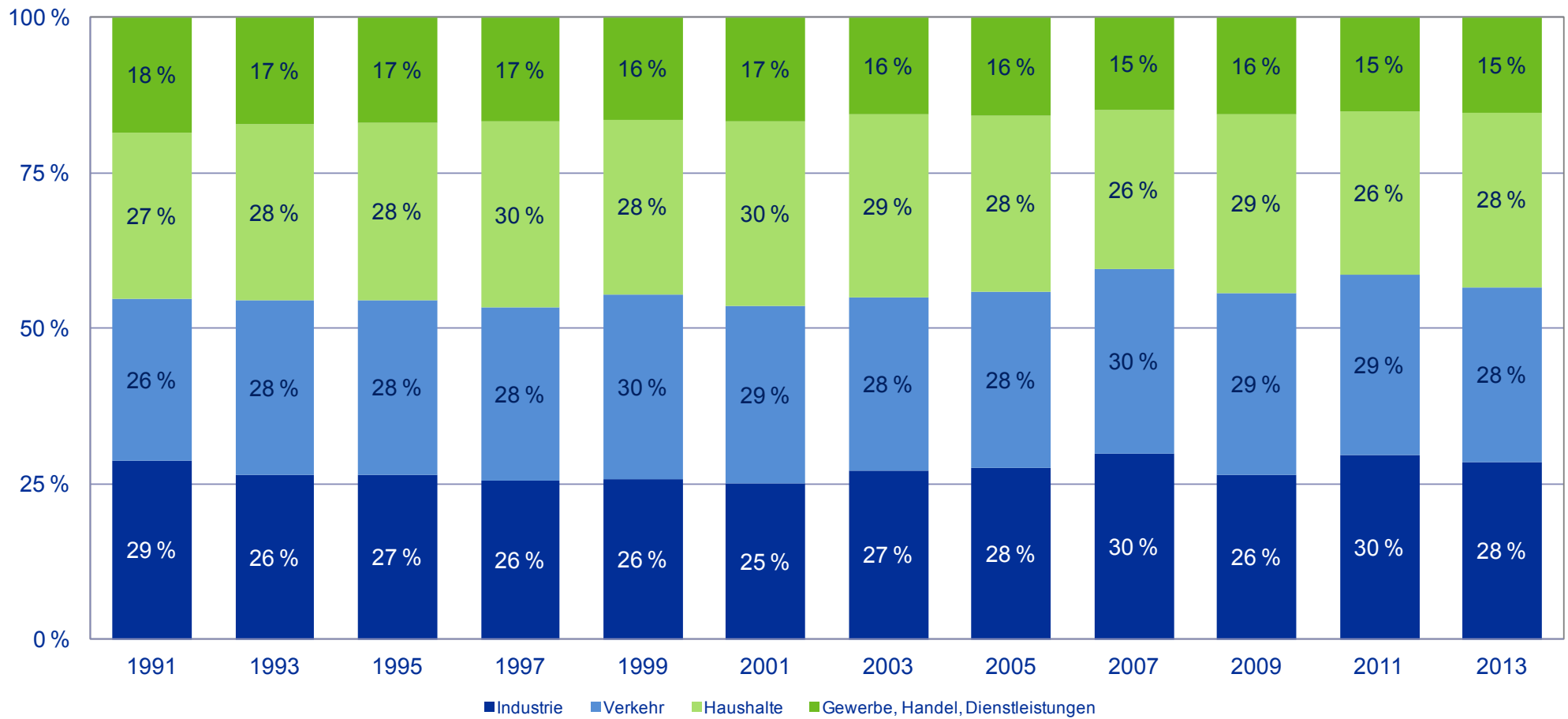
Energieträger: Öl und Gas dominieren noch



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, eigene Berechnungen

Der Gesamtenergieverbrauch in Deutschland wird nach wie vor von fossilen Energieträgern dominiert. Im Jahr 2013 entfielen auf Steinkohle und Braunkohle zusammen 25 Prozent des Energieverbrauches, auf Mineralöl 33 Prozent und auf Erdgas 22 Prozent. Die verbliebenen 20 Prozent entfielen auf Erneuerbare Energien (12 Prozent) und Kernenergie (8 Prozent).

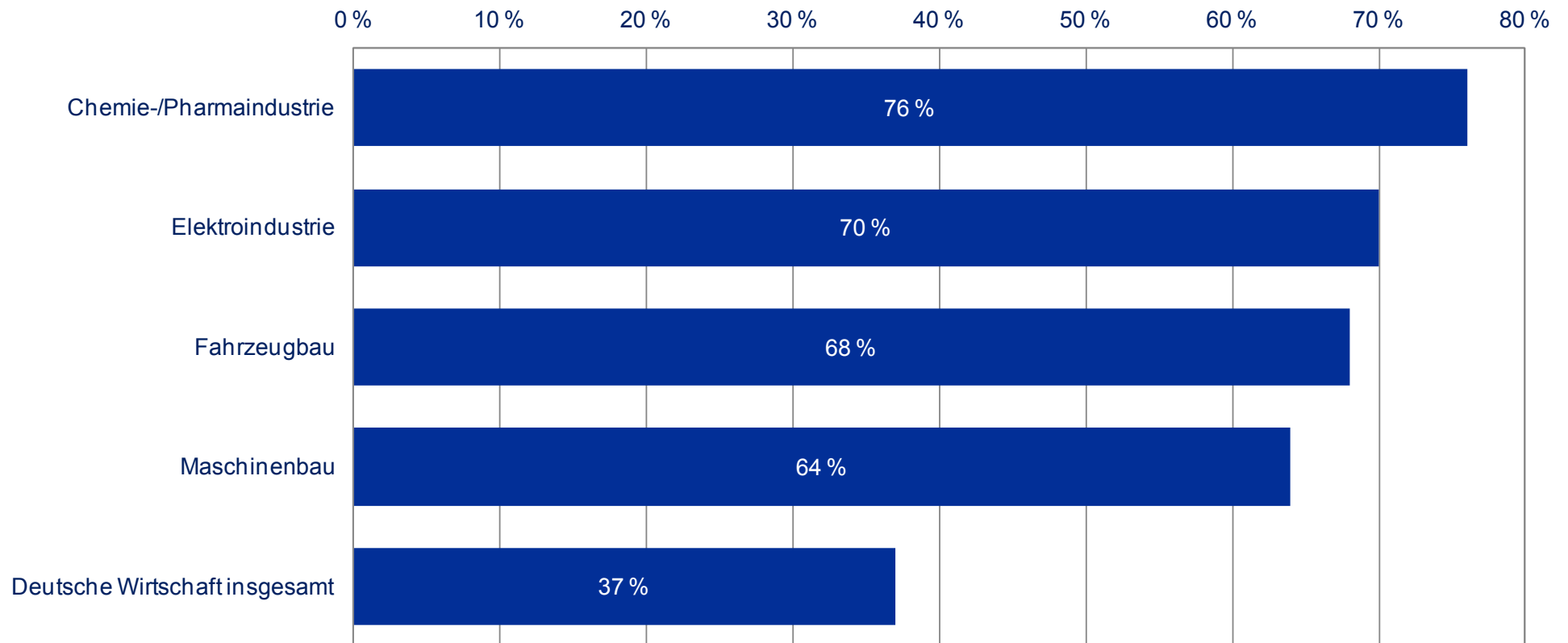
Energieverbrauch: Verkehr und Haushalte legen zu



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Der Anteil der Industrie am Endenergieverbrauch in Deutschland ist in den letzten 25 Jahren trotz der gestiegenen Produktionsmengen konstant geblieben. Leicht zugenommen haben hingegen der anteilige Energieverbrauch durch den Verkehr und die privaten Haushalte.

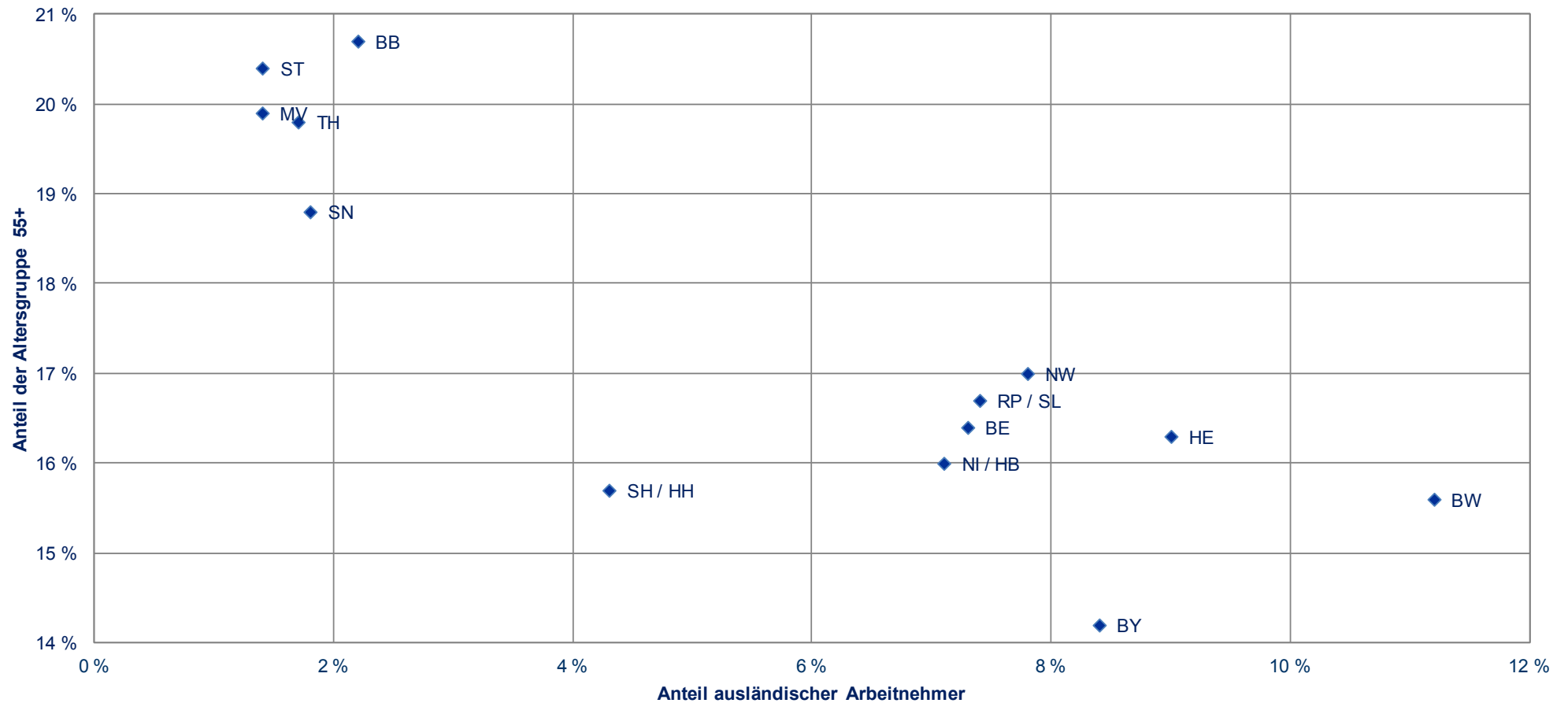
Innovationen: Industriebranchen über Durchschnitt



Quelle: ZEW 2015

Innovationen sind für die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftssicherung besonders wichtig. In einigen Branchen der deutschen Wirtschaft ist der Anteil der Innovatoren besonders hoch: Nach der Systematik des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) haben 76 Prozent der Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie in den letzten drei Jahren neue oder verbesserte Produkte oder Prozesse eingeführt. In der Elektroindustrie waren es 70 Prozent, im Fahrzeugbau 68 Prozent und im Maschinenbau 64 Prozent. Damit liegt der Anteil solcher Unternehmen in diesen Branchen deutlich höher als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft mit 37 Prozent.

MINT-Beschäftigte: Altersstruktur und Anteil ausländischer Beschäftigter korrelieren!



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, 2015 (eigene Darstellung)

Westdeutsche Bundesländer weisen gegenüber den ostdeutschen Bundesländern einen niedrigeren Anteil älterer Arbeitnehmer und einen höheren Anteil ausländischer Arbeitnehmer auf. Auch in einer Gesamtbetrachtung ergibt sich ein klarer statistischer Zusammenhang. Eine mögliche Deutung: Zuwanderung hat einen positiven Einfluss auf die Altersstruktur auf dem Arbeitsmarkt. Eine weitere Deutungsmöglichkeit: Arbeitsmärkte mit einer günstigen Altersstruktur sind besonders aufnahmefähig für Migranten.

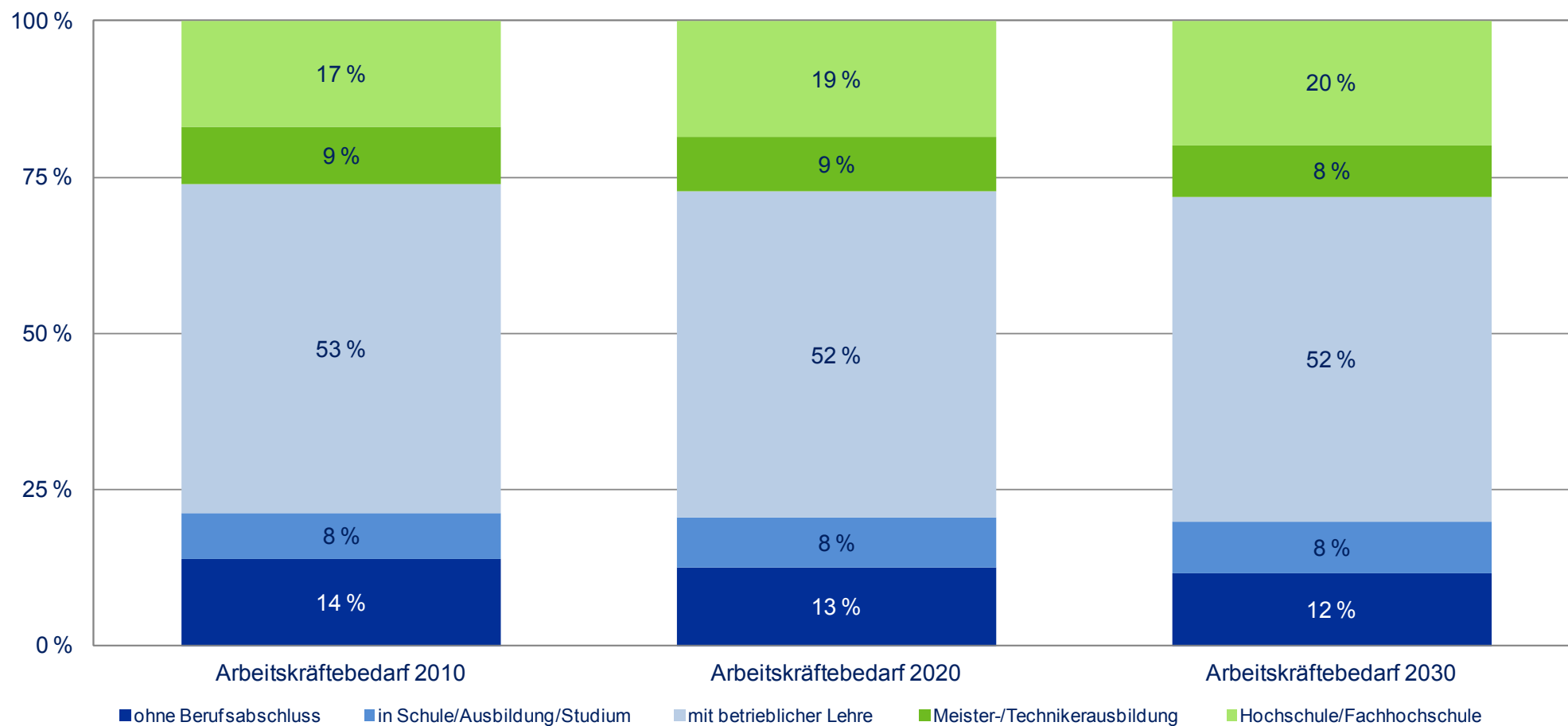
2

Arbeitsmarkt/Mitbestimmung

1. Bedarf an Hochqualifizierten
2. Normalarbeitsverhältnisse
3. Beschäftigungsniveau in Deutschland
4. Erwerbstätigkeit Älterer
5. Beschäftigung im rentennahen Alter
6. Zuzüge nach und Wegzüge aus Deutschland
7. Anteil der Zuwanderer an allen Beschäftigten
8. Langzeitarbeitslosigkeit
9. Paritätisch besetzte Aufsichtsräte
10. Geschlechterquote in Aufsichtsräten
11. Chance auf Betriebsrat



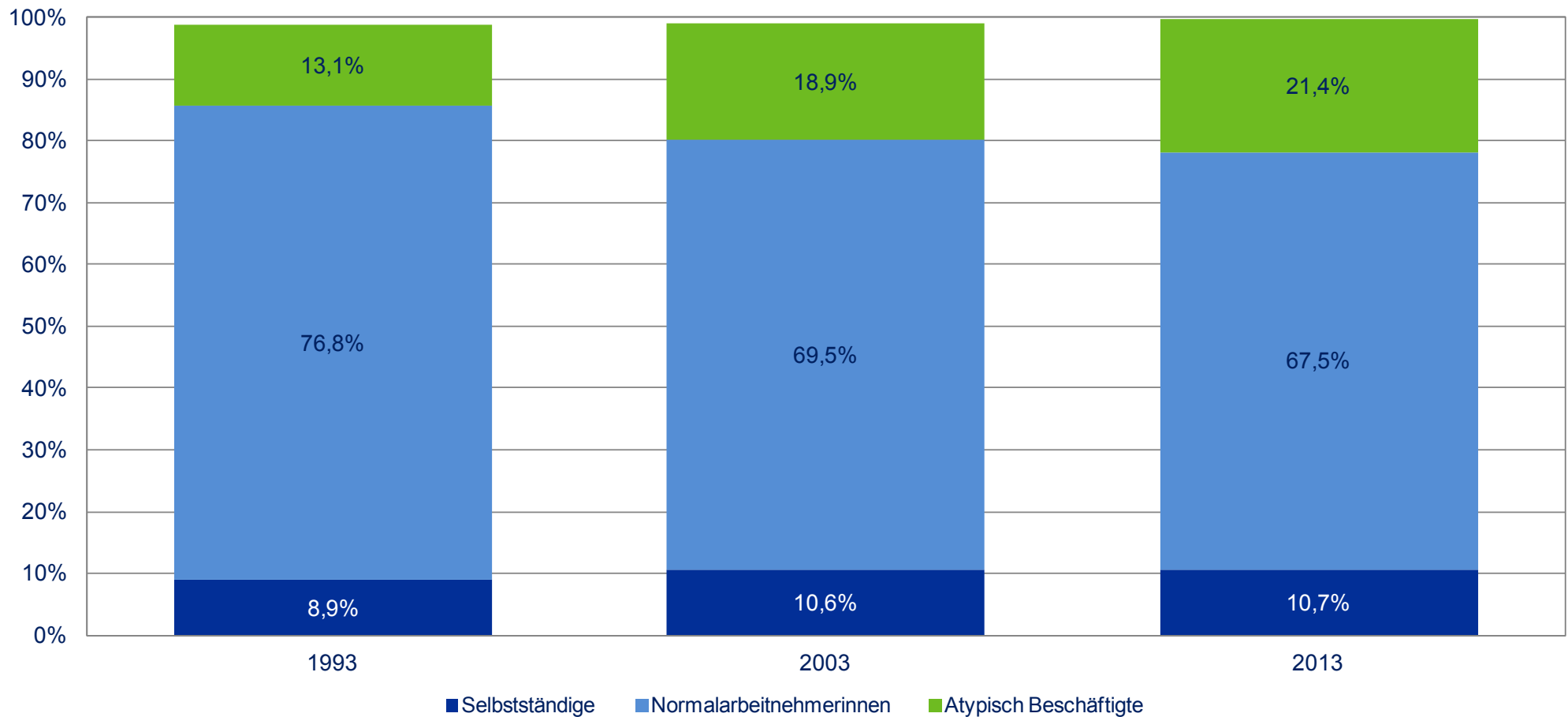
Arbeitsmarkt: Bedarf an Hochqualifizierten wächst weiter



Quelle: IAB 2013, Elmrich/Zika 2013, eigene Darstellung

Ein hoher Qualifizierungsgrad gilt als beste Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Und der Anteil an Personen mit Hochschulabschluss am Gesamtarbeitskräftebedarf wird weiter wachsen: von 17 Prozent im Jahr 2010 auf 20 Prozent im Jahr 2030.

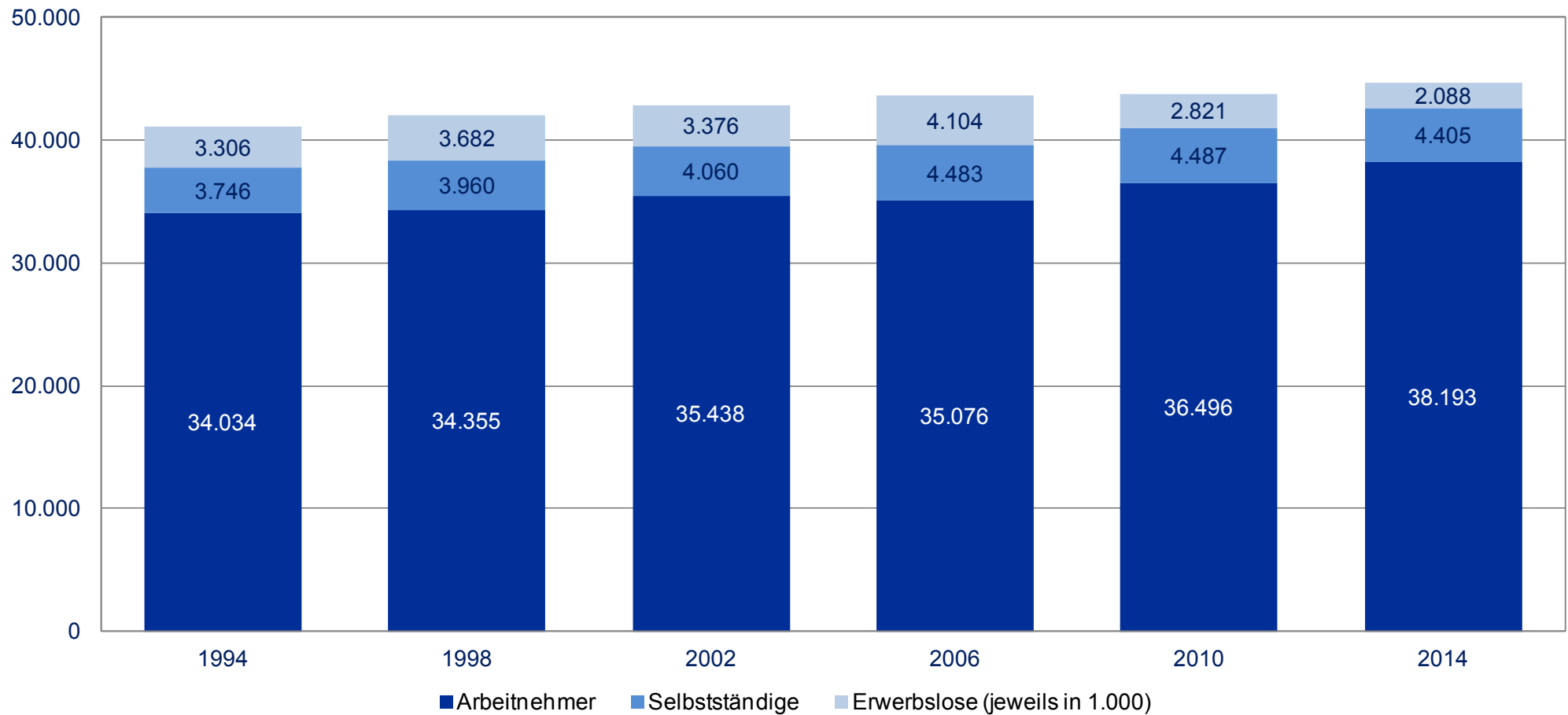
Erosion des Normalarbeitsverhältnisses?



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die unbefristete Vollzeitstelle war lange Zeit das vorherrschende Beschäftigungsmodell in Deutschland. Die Bedeutung dieses „Normalarbeitsverhältnisses“ nimmt aber seit rund 20 Jahren ab. Die Grafik zeigt für den Zeitraum von 1993 bis 2013 einen Rückgang des Anteils der Normalarbeitsverhältnisse an der Gesamtzahl aller Beschäftigten um 9 Prozent. Parallel dazu nehmen „atypische“ Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen, geringfügige oder befristete Beschäftigungen an Bedeutung zu.

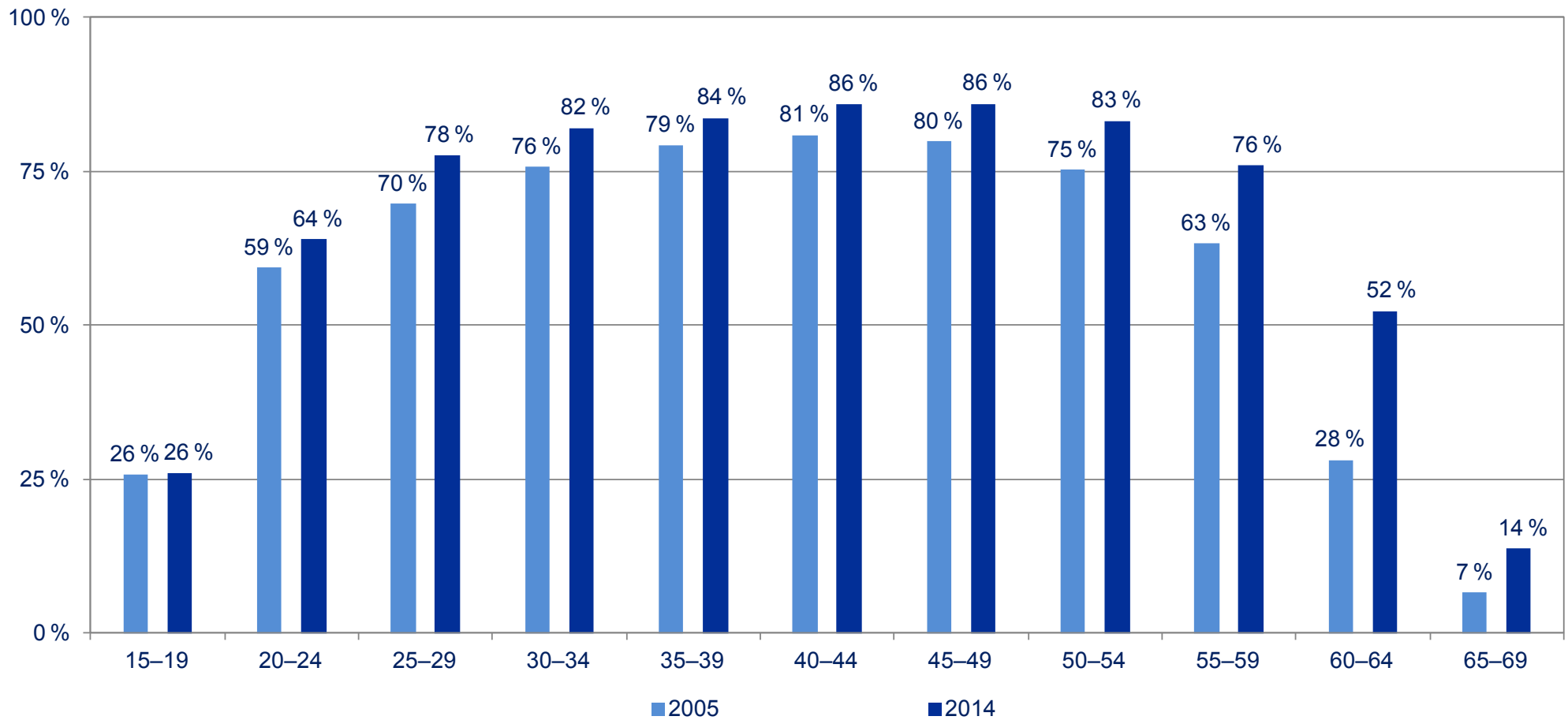
Beschäftigung in Deutschland auf Rekordniveau



Quelle: Statistisches Bundesamt

Noch weitgehend unbeeinträchtigt durch den demografischen Wandel ist die Erwerbsbeteiligung in Deutschland im Jahr 2014 auf ein Rekordniveau gestiegen. 38,2 Millionen Arbeitnehmer, 4,4 Millionen Selbstständige und 2,1 Millionen Arbeitslose summierten sich zu 42,6 Millionen Erwerbstätigen beziehungsweise 44,7 Millionen „Erwerbspersonen“, zu denen die Statistik auch gemeldete Arbeitslose zählt.

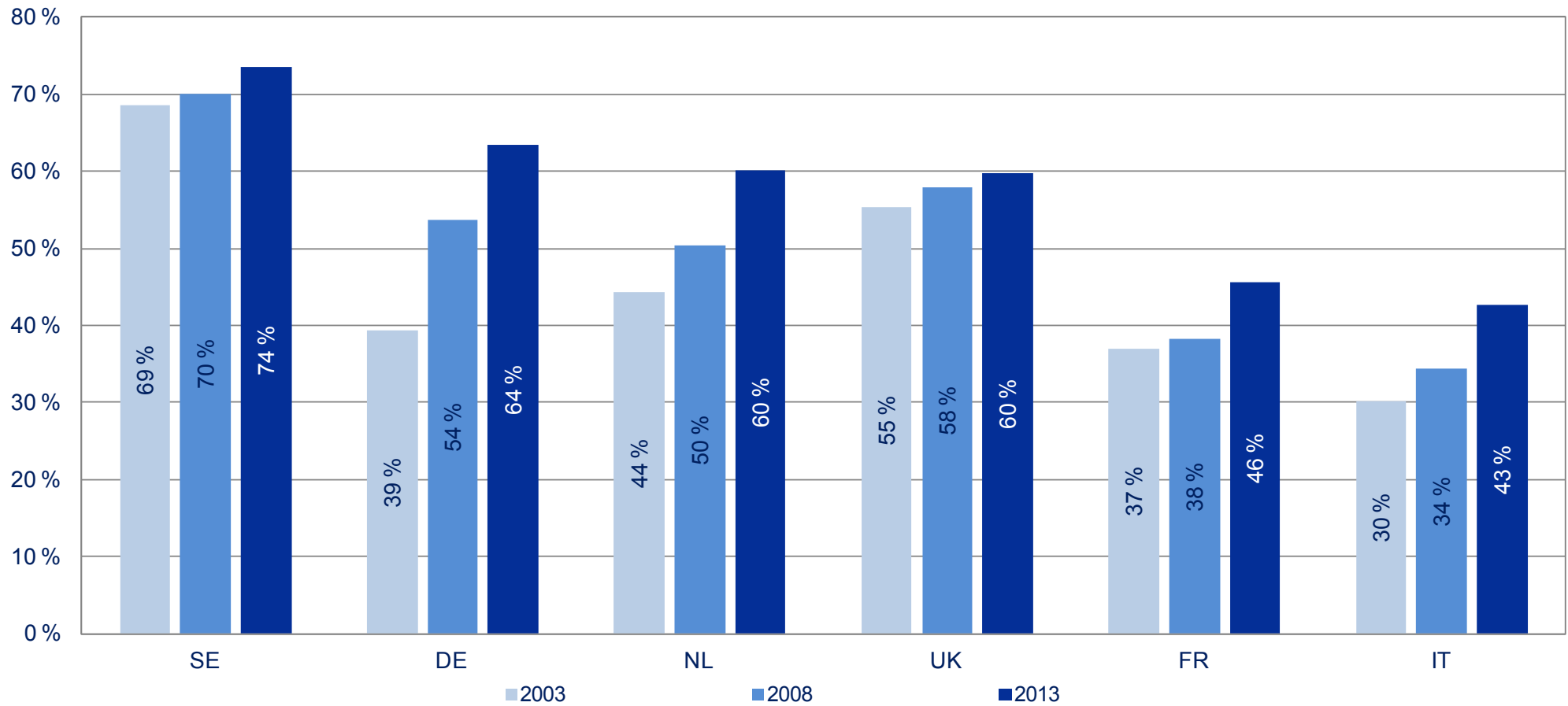
Erwerbstätigkeit Älterer



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Darstellung

Im Zeitraum seit 2005 ist das Beschäftigungsniveau in allen Altersgruppen gestiegen. Besonders markant, um fast das Doppelte, ist der Anstieg in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen. Der Anstieg ist angesichts der Anhebung rentenrechtlicher Altersgrenzen zu begrüßen, aber noch immer nicht ausreichend. Weiterhin gehen der Altersrente häufig Zeiten mit Teilzeitbeschäftigungen, sozialversicherungsfreien Minijobs oder Arbeitslosigkeit voraus.

Beschäftigung im (rentennahen) Alter von 55 bis 64

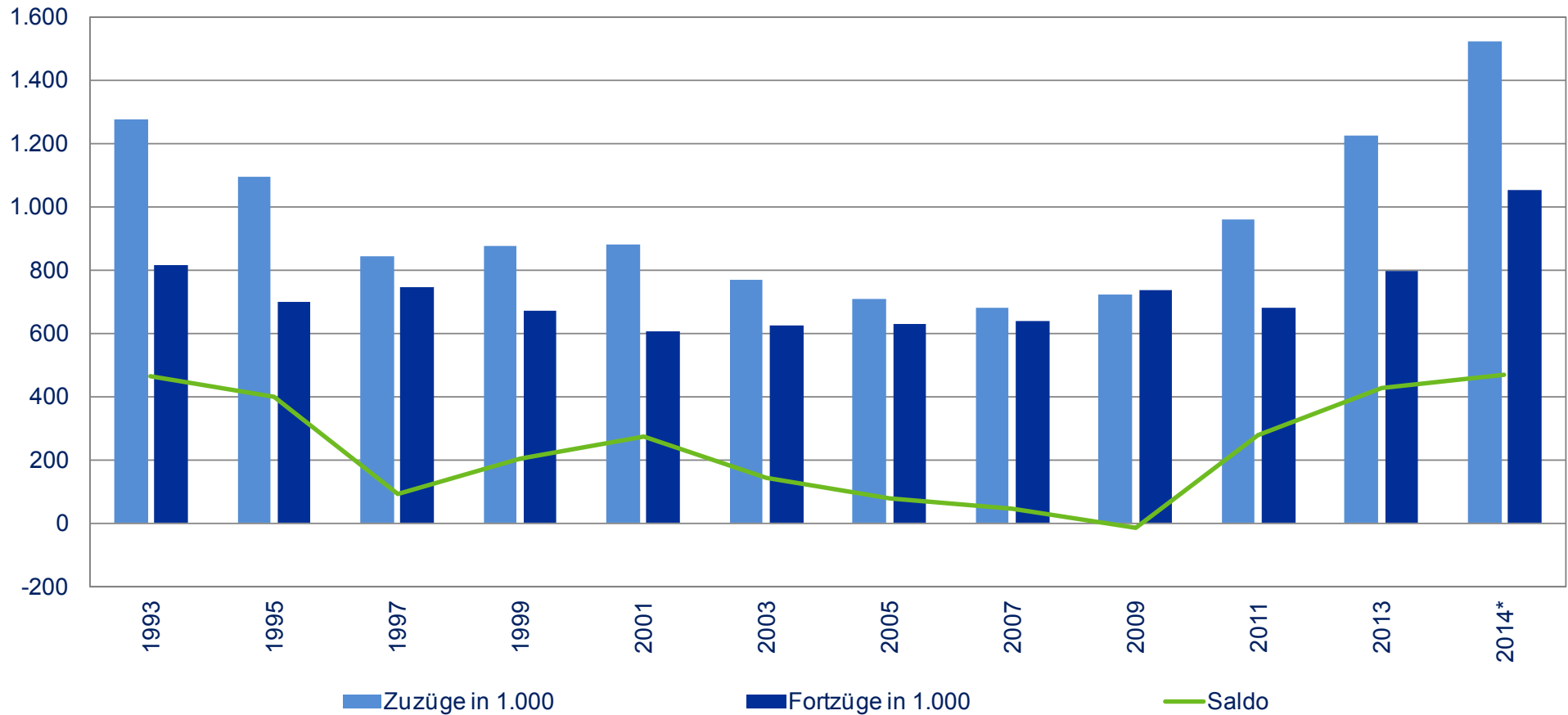


Quelle: Europäische Kommission

Deutschland hat bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer auch im internationalen Vergleich große Fortschritte erzielt und zu den traditionell führenden skandinavischen Staaten aufgeschlossen.

In den südeuropäischen Staaten sind infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise Rückschritte zu verzeichnen.

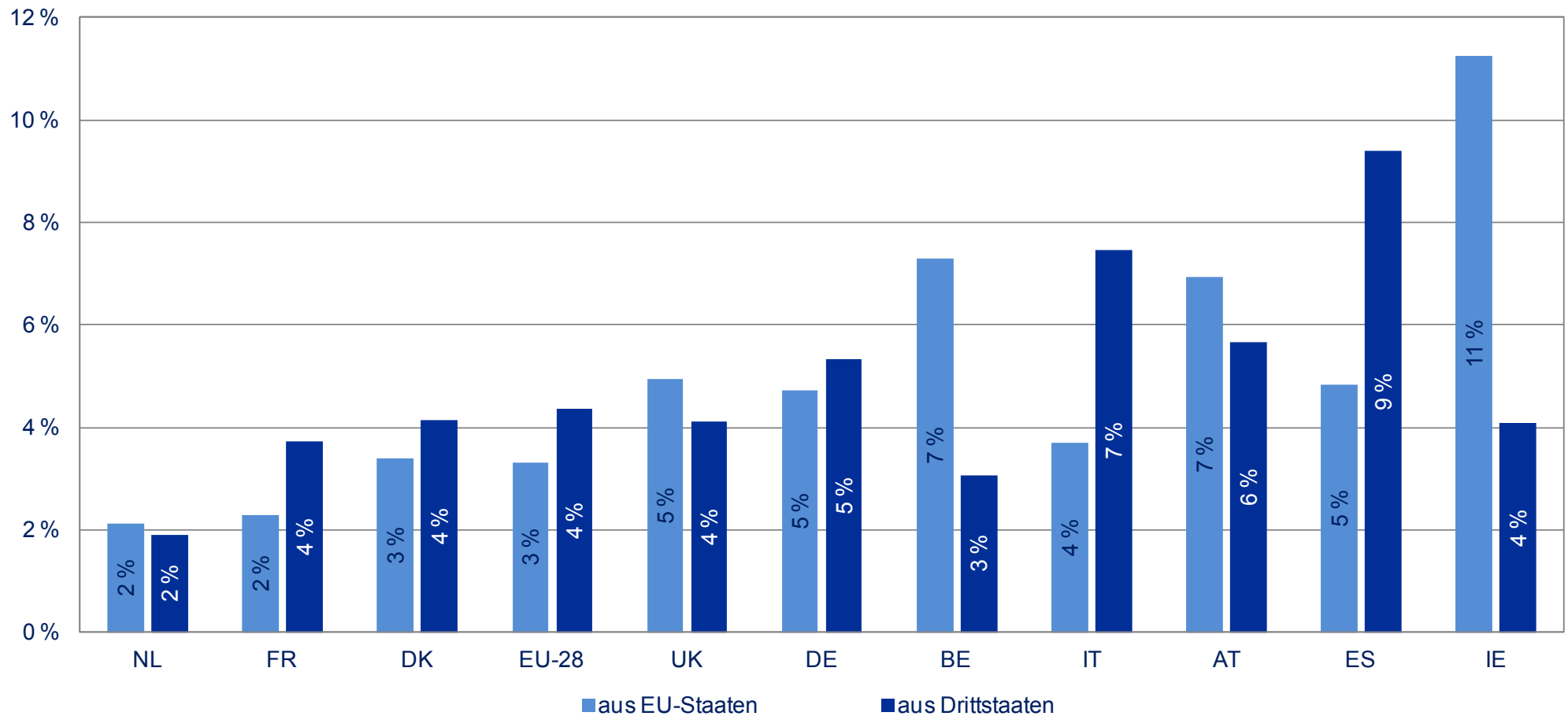
Zuzüge nach und Wegzüge aus Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt 2015

Die wirtschaftlichen Krisen in zahlreichen Eurostaaten sowie Bürgerkriege in Syrien und anderen Staaten haben die Zuwanderung nach Deutschland stark steigen lassen. Die langjährigen Höchstwerte von Anfang der 90er Jahre wurden aber erst 2014 erstmalig übertroffen. Das Wanderungssaldo erreichte 2014 einen bisherigen Höhepunkt. Nach aktuellsten Schätzungen (*) übertraf im Jahr 2014 die Zahl der Zuzüge nach Deutschland die der Wegzüge um 480.000.

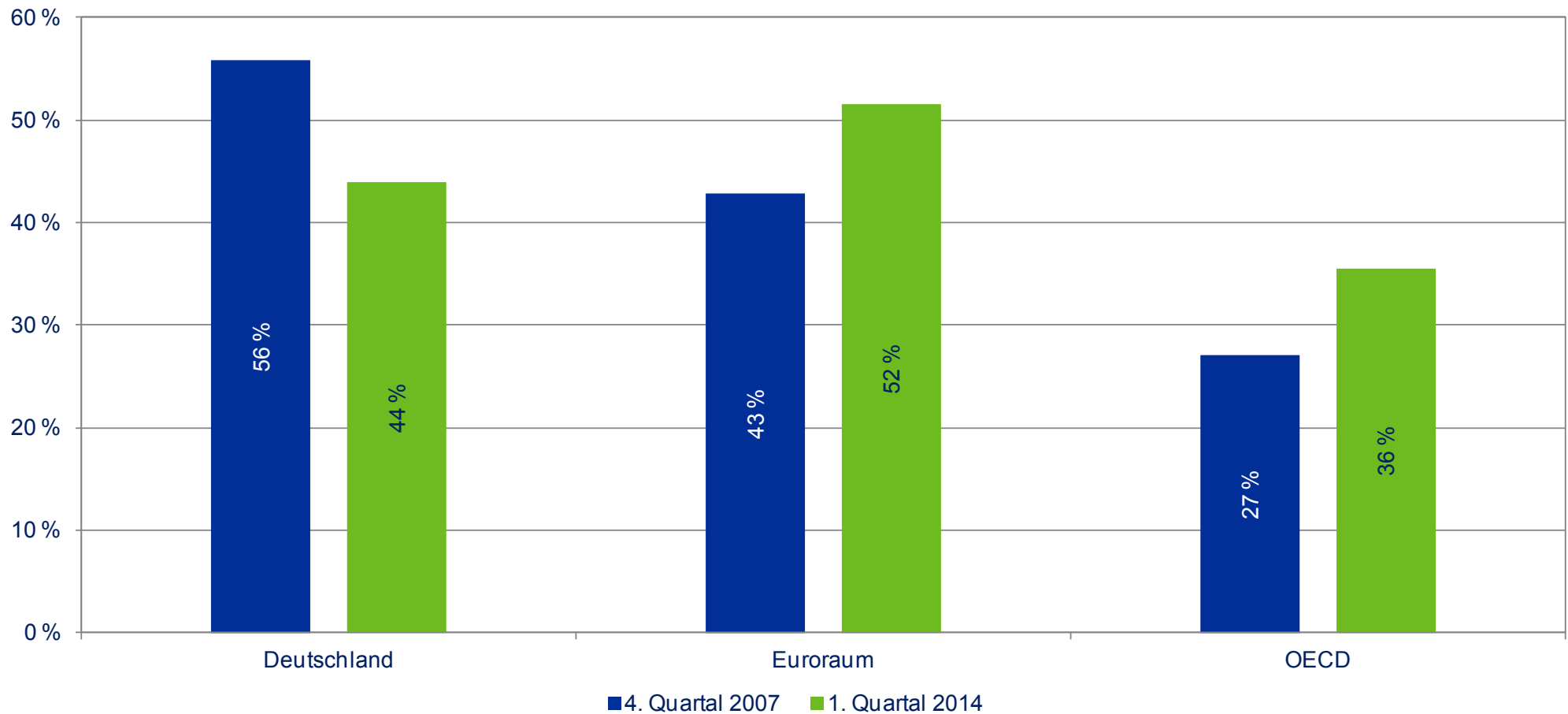
Anteil der Zuwanderer an allen Beschäftigten



Quelle: Europäische Kommission 2013

Deutschland hat in den letzten Jahren in Europa rein zahlenmäßig die größte Zahl von Zuwanderern aufgenommen, sowohl aus EU-Staaten als auch als Drittstaaten. Der prozentuale Anteil der Zuwanderer an allen Beschäftigten liegt derzeit aber weiterhin nur leicht über dem EU-Durchschnitt. Vor allem kleinere Staaten mit einer langen Zuwanderungstradition, aber auch Staaten, die wie Irland eng mit großen Nachbarstaaten verflochten sind, weisen prozentual betrachtet höhere Werte auf. Das Jahr 2015 hat bereits im Herbst neue Höchstwerte bei Zuzügen markiert, insbesondere durch Flüchtlinge. Auch für 2016 werden sehr hohe Werte erwartet. Belastbare Zahlen liegen aber noch nicht vor.

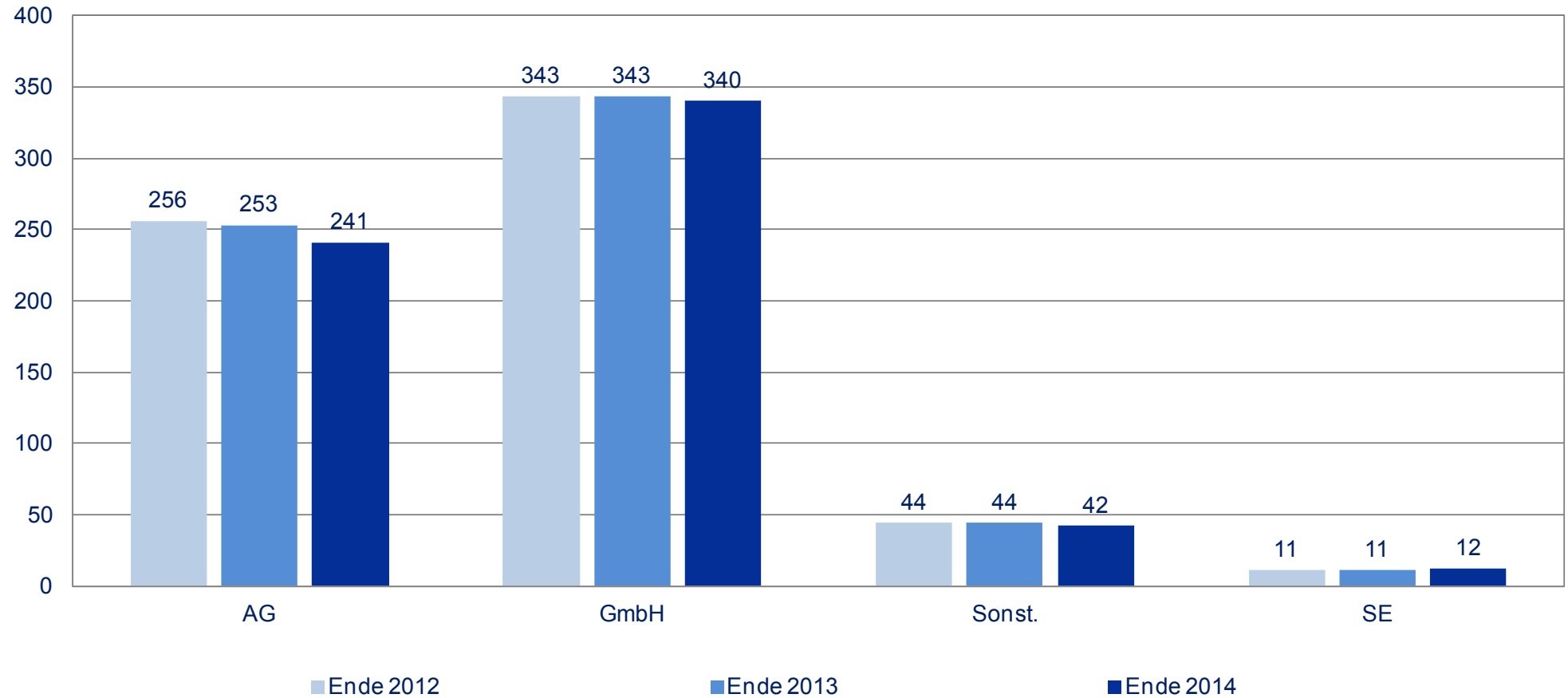
Langzeitarbeitslosigkeit: Deutschland gegen den Trend



Quelle: OECD

Der durchschnittliche Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit ist seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise sowohl im Euroraum als auch in den Staaten der OECD deutlich gestiegen. Der deutsche Arbeitsmarkt konnte sich diesem Trend entziehen: Hier sank die Zahl der Langzeitarbeitslosen von 3,8 auf 2,2 Millionen und der Anteil der Gesamtarbeitslosigkeit ging spürbar zurück.

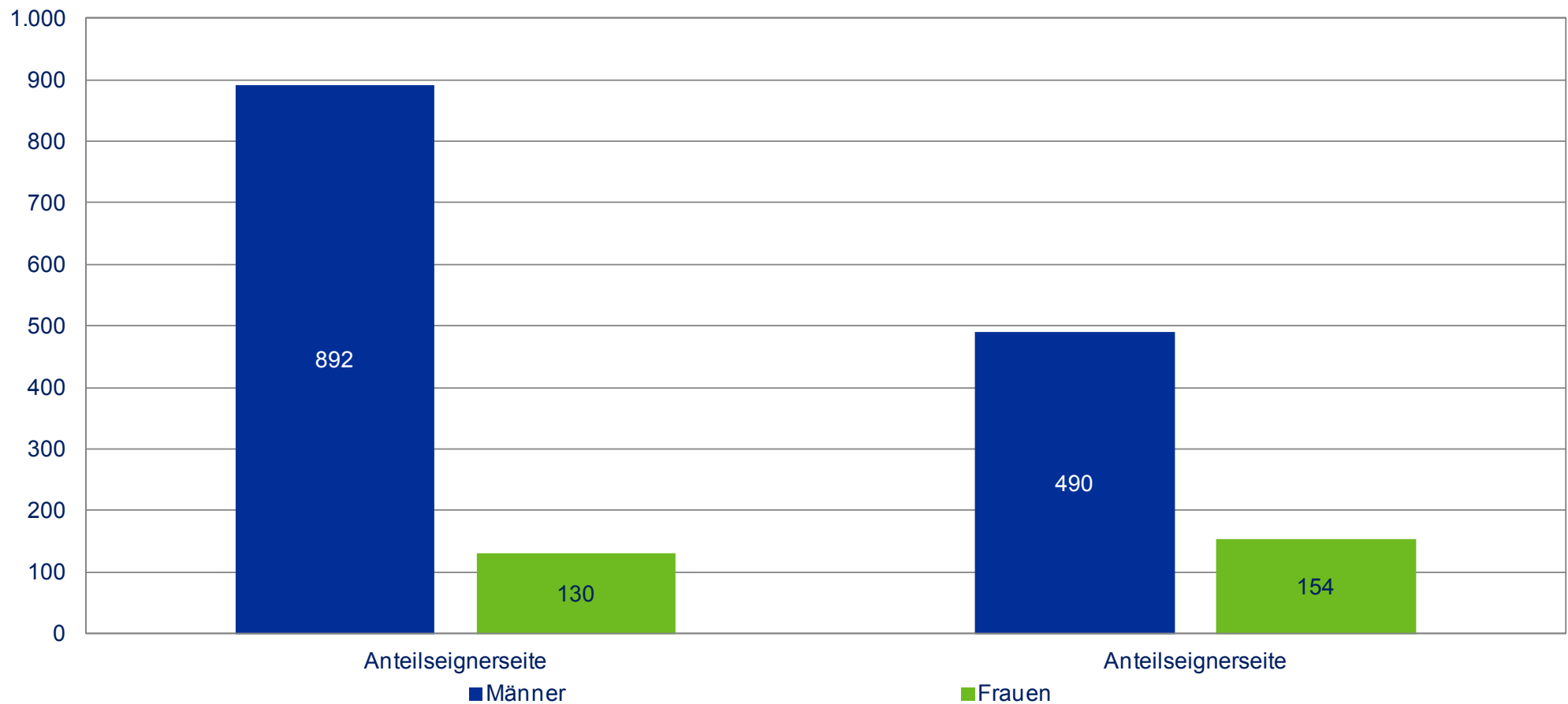
Kapitalgesellschaften mit paritätisch besetztem Aufsichtsrat



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Aktuellen Statistiken der Hans-Böckler-Stiftung zufolge war die Zahl der Unternehmen mit paritätisch besetztem Aufsichtsrat zuletzt leicht rückläufig. Zwischen 2012 und 2013 kam es zu einem minimalen Rückgang um drei Unternehmen. Ein besonderes Augenmerk verdienen die Europäischen Gesellschaften (SE). Diese sind zwar im Regelfall als Ergebnis der Verhandlungslösungen ebenfalls paritätisch mitbestimmt. Es fehlt aber an einer gesetzlichen Garantie für einen Sitz des leitenden Angestellten.

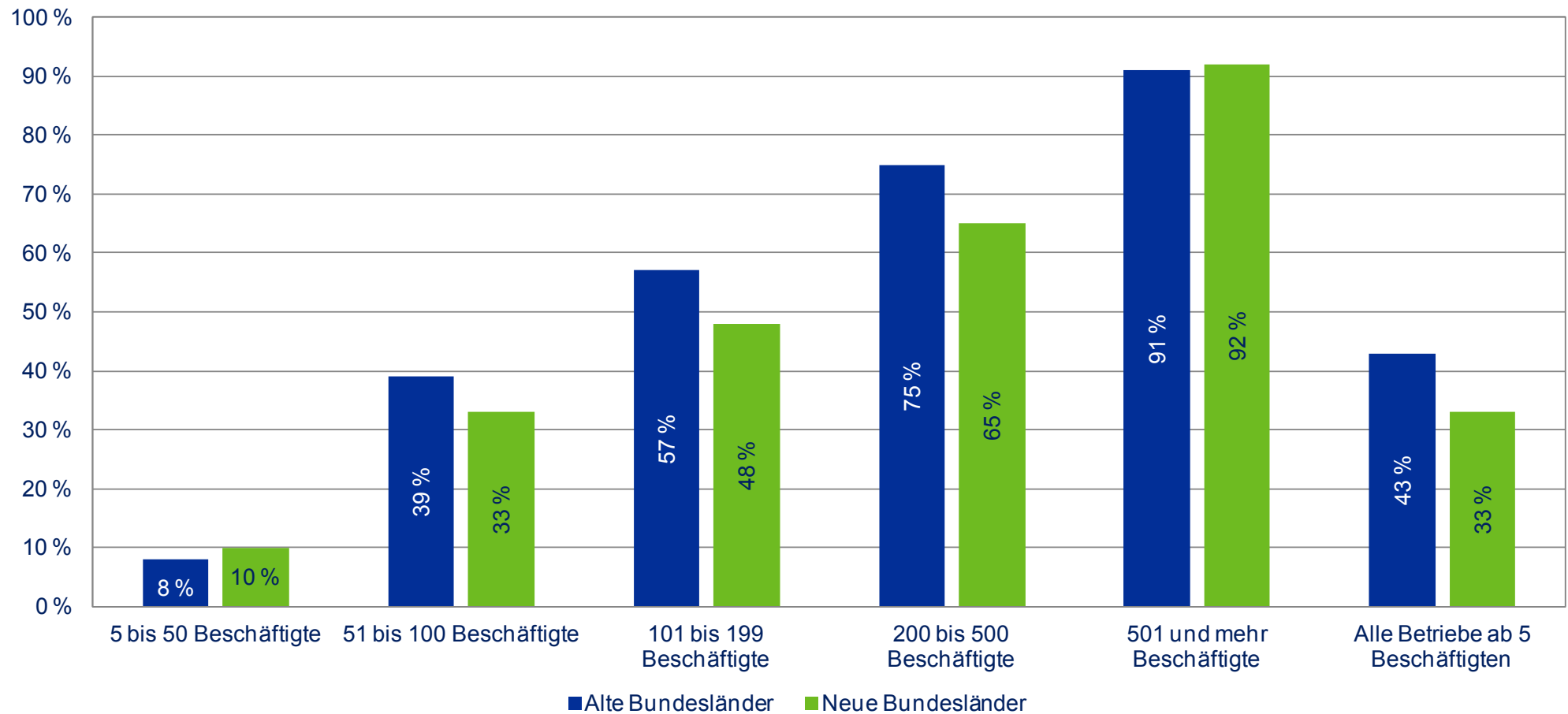
Aufsichtsräte großer Unternehmen: Arbeitnehmer näher an der 30-Prozent-Quote



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Arbeitnehmervertreter haben in der Vergangenheit den wirksameren Beitrag zu einer besseren Geschlechterbalance in Aufsichtsräten geleistet als die Anteilseignervertreter. Dies zeigen Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2013 für die 160 größten börsennotierten Unternehmen. Darunter befinden sich (die höhere Zahl der Anteilseignervertreter weist darauf hin) auch solche Unternehmen, die nicht dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 unterliegen. Die neue gesetzliche Quote in Höhe von 30 Prozent greift indes nur für Kapitalgesellschaften, die mitbestimmt und börsennotiert sind. Deutschlandweit sind dies rund 100 Unternehmen.

Chance auf Betriebsrat steigt mit Betriebsgröße



Quelle: IAB-Betriebspanel 2014

Ein Indikator für die Arbeitsbeziehungen auf betrieblicher Ebene ist der Anteil der Beschäftigten mit Betriebsräten. Ob Beschäftigte durch einen Betriebsrat vertreten werden, hängt dabei stark von der Unternehmensgröße ab: 2014 hatten nur 8 Prozent der Arbeitnehmer in Betrieben mit 5 bis 50 Beschäftigten in den alten Bundesländern einen Betriebsrat, in den neuen Ländern waren es 10 Prozent. Der Anteil wächst jedoch mit der Unternehmensgröße im ganzen Bundesgebiet auf über 90 Prozent in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern.

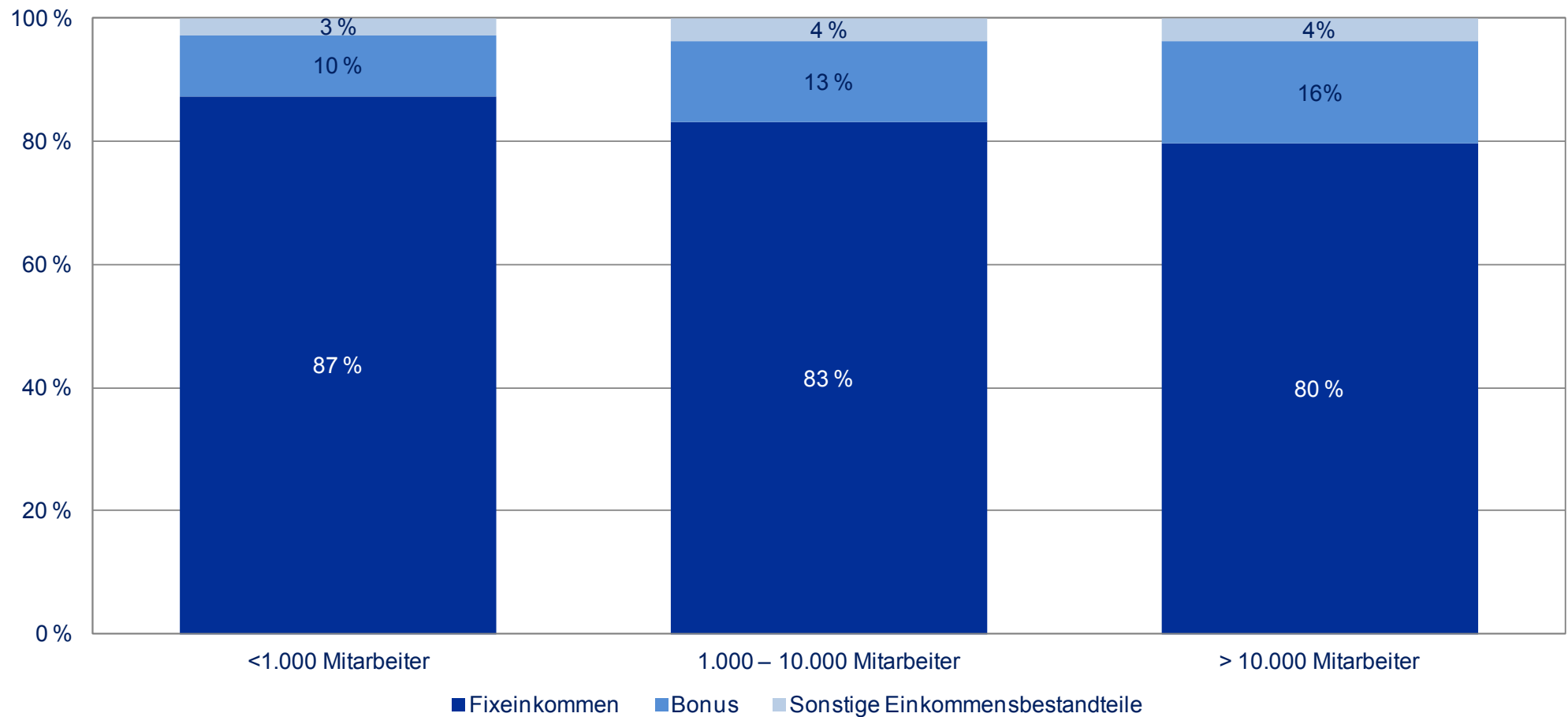
3

Löhne/Einkommen

1. Variabler Vergütungsanteil
2. Reallöhne
3. Arbeitskosten in Deutschland
4. Lohnquote



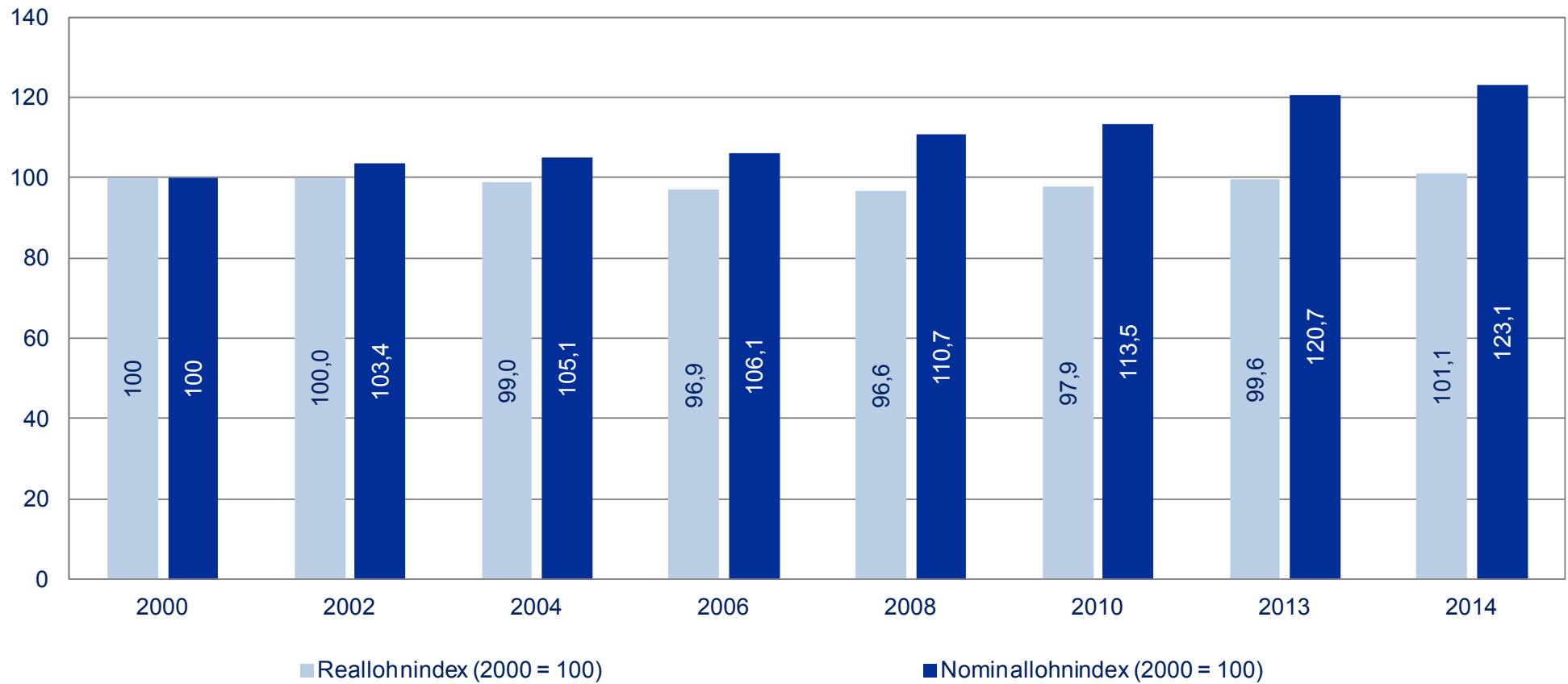
Führungskräfte: Variabler Vergütungsanteil steigt mit Unternehmensgröße



Quelle: VAA-Einkommensumfrage 2014

Führungskräfte erhalten in aller Regel einen Teil ihres Gesamteinkommens in Form von Bonuszahlungen. Die VAA-Einkommensumfrage zeigt, dass der Anteil dieser variablen Vergütungsbestandteile am Gesamteinkommen mit steigender Unternehmensgröße wächst. Während Chemie-Führungskräfte in Unternehmen mit weniger als 1.000 Mitarbeitern im Durchschnitt knapp 10 Prozent ihres Einkommens in Form von Bonuszahlungen erhielten, waren es in Unternehmen mit mehr als 10.000 Mitarbeitern über 16 Prozent. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch das durchschnittliche Gesamteinkommen von Chemie-Führungskräften mit der Unternehmensgröße steigt.

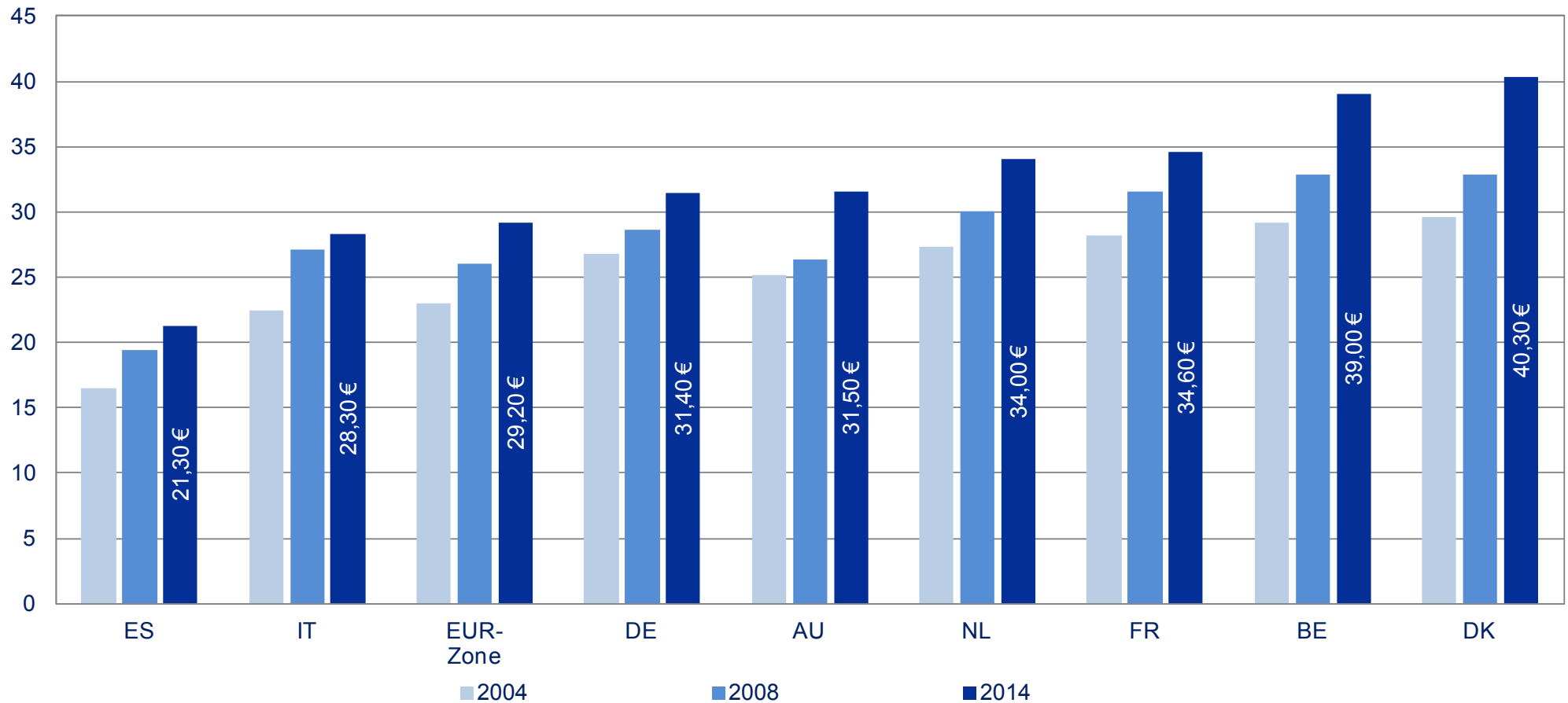
Reallöhne stagnieren



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste, sind in Deutschland seit der Jahrtausendwende nahezu konstant geblieben und bis 2010 sogar gesunken. Erst in den letzten Jahren waren wieder leichte Zuwächse zu verzeichnen. Während die Nominallöhne in diesem Zeitraum um 23 Prozent zulegten, ergab sich bei den Reallöhnen zwischen 2000 und 2014 ein mageres Plus von knapp mehr als einem Prozent.

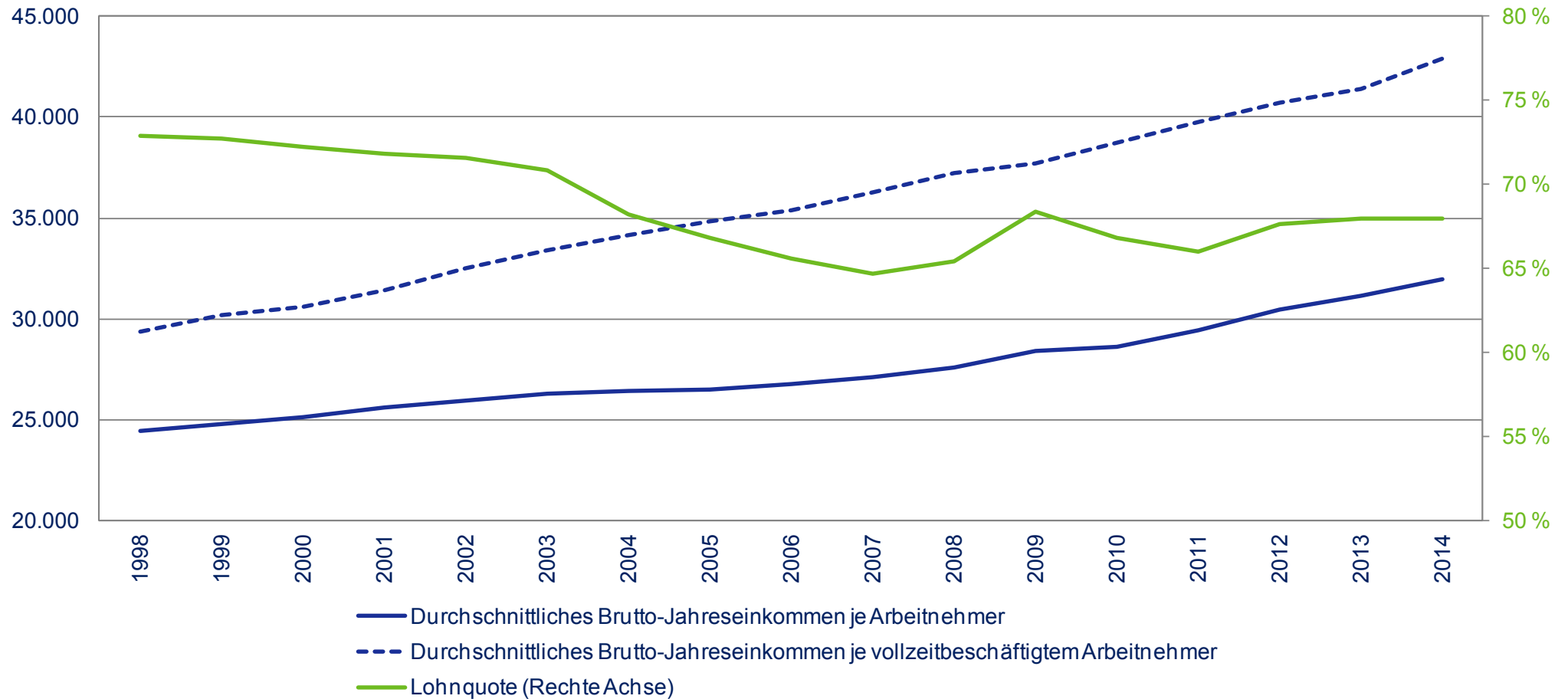
Deutsche Arbeitskosten pro Stunde steigen moderat



Quelle: Europäische Kommission 2015

Die Arbeitskosten pro Stunde in Industrie und Dienstleistung liegen in Deutschland leicht oberhalb des Durchschnitts des Euroraums. In mehreren Nachbarstaaten liegen sie jedoch zum Teil deutlich höher. Auch fielen die Zuwächse in allen hier betrachteten Staaten in einem Zehnjahreszeitraum zum Teil deutlich höher aus als in Deutschland (Anstieg: 4,6 Prozent.)

Kein starker Rückgang der Lohnquote



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Statistisches Bundesamt

Arbeitnehmereinkommen halten im wesentlichen Schritt mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Die Lohnquote, die den Anteil der Arbeitnehmereinkommen an der Größe „Volkseinkommen“ misst, ist zwar zwischen 1998 und 2006 kontinuierlich gesunken (von 74 Prozent auf 66 Prozent). Seither hat sie sich jedoch wieder stabilisiert und betrug zuletzt 68 Prozent. Die Arbeitnehmereinkommen aller Arbeitnehmer stiegen im Zeitraum zwischen 1998 und 2014 um immerhin 31 Prozent. Betrachtet man nur die Vollzeitbeschäftigten, rechnet man also den Effekt vermehrter Teilzeitarbeit hinzu, ergibt sich ein Plus von 46 Prozent.

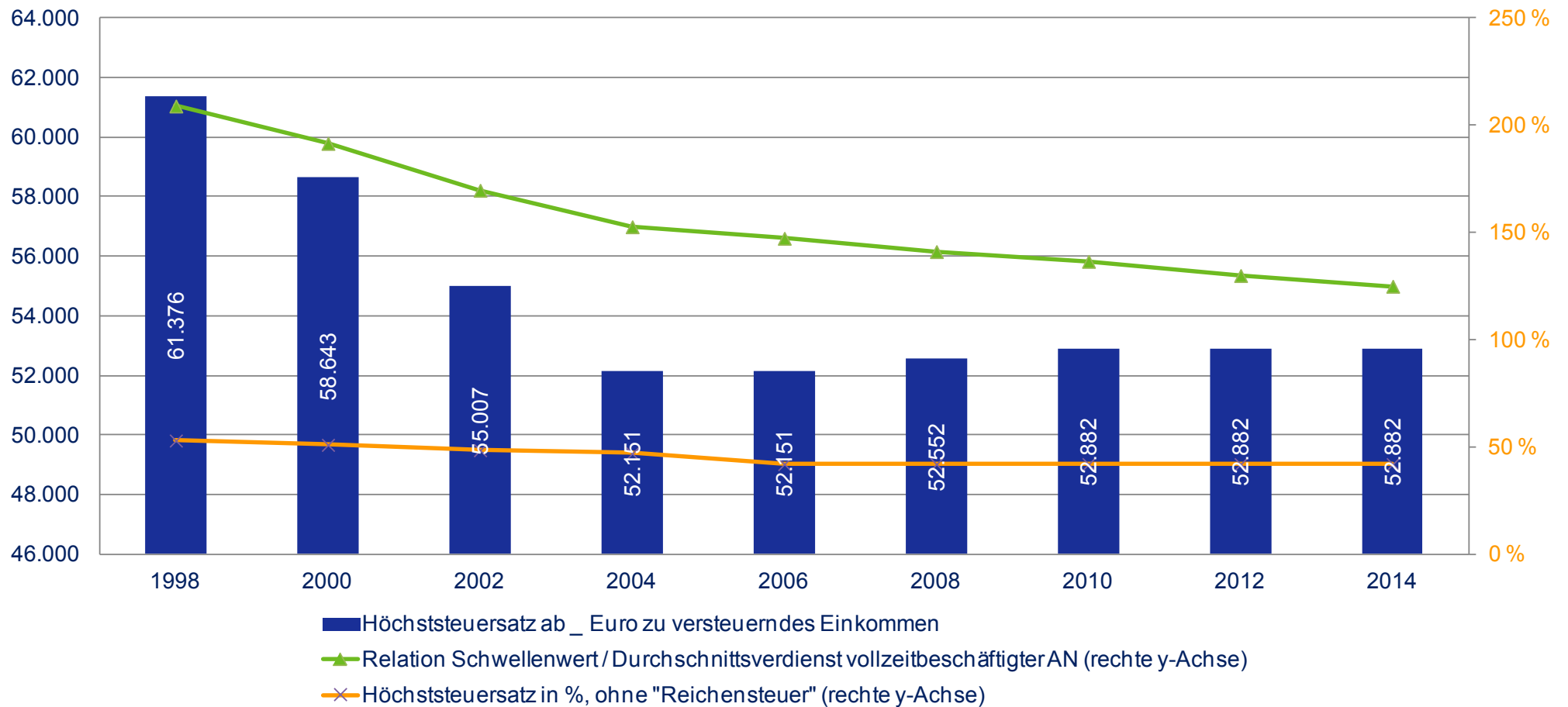
4

Steuern/Abgaben/Staatsausgaben

1. Steuerprogression
2. Gehaltserhöhung
3. Ausgabenfinanzierung
4. Steuern und Abgaben im internationalen Vergleich
5. Haushalt und Investitionsquote
6. Steuerstruktur



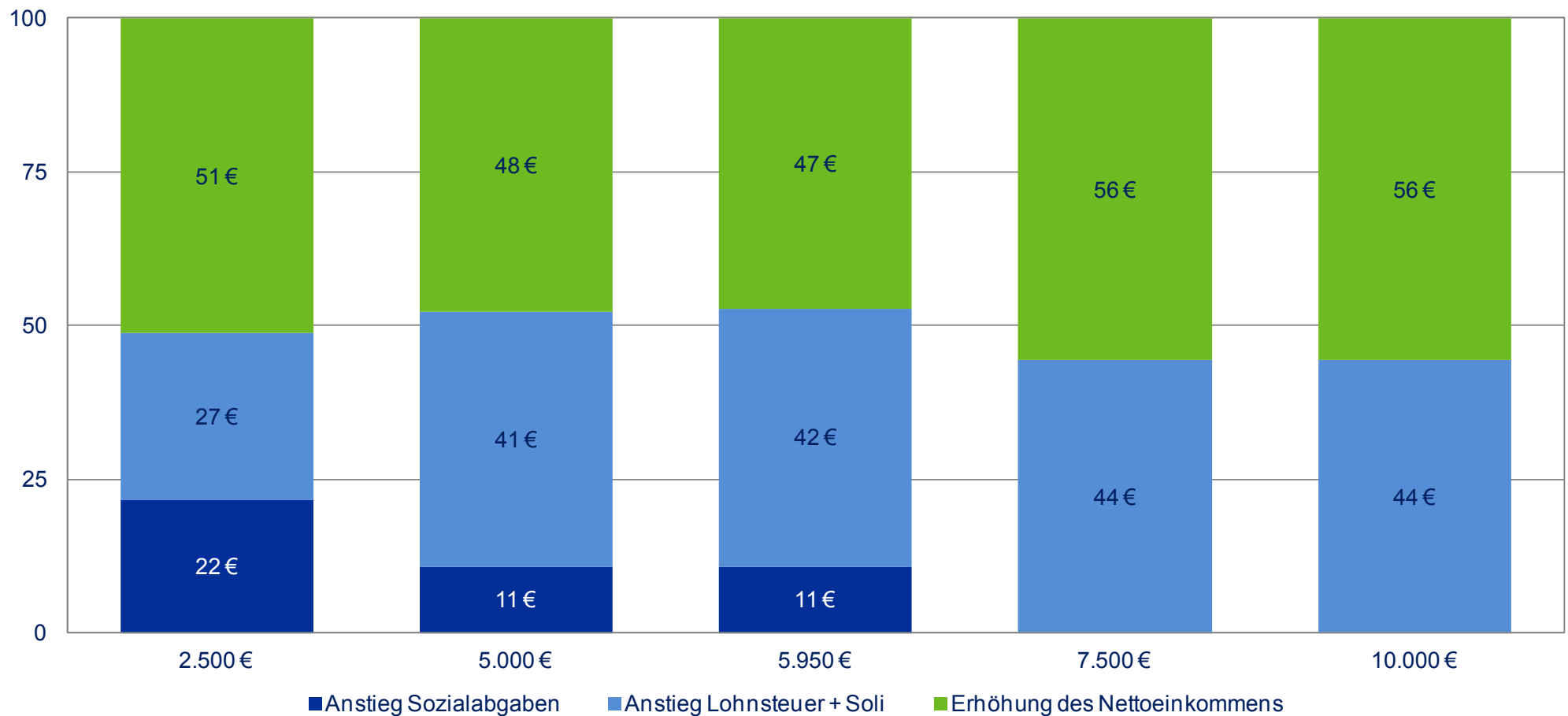
Steuerprogression: Besteuerung nach Leistungsfähigkeit?



Quelle: Deutscher Bundestag, Deutsche Rentenversicherung, Bundesfinanzministerium (eigene Darstellung)

Der Gesetzgeber hat für Ende 2015 ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression angekündigt. Versteckte Steuererhöhungen durch eine unterbleibende oder unzureichende Anpassung des Steuertarifs an die Inflation sollen dadurch der Vergangenheit angehören. Nicht beseitigt, sondern lediglich konserviert wird aber der Struktureffekt steuerpolitischer Entscheidungen der letzten Jahre. So wurde Ende der 90er Jahre die Einkommensschwelle, ab welcher der Spitzensteuersatz erhoben wird, als Kompensation für eine Ermäßigung der Sätze stark abgesenkt und seither nur spärlich erhöht. Ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen in Höhe von 125 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Vollzeitbeschäftigten wird mit dem Höchststeuersatz belastet. Der Bereich, innerhalb dessen die Steuerprogression wirken kann, hat sich also stark verengt. Das Gesetz zur Abschaffung der kalten Progression wird daran nichts ändern.

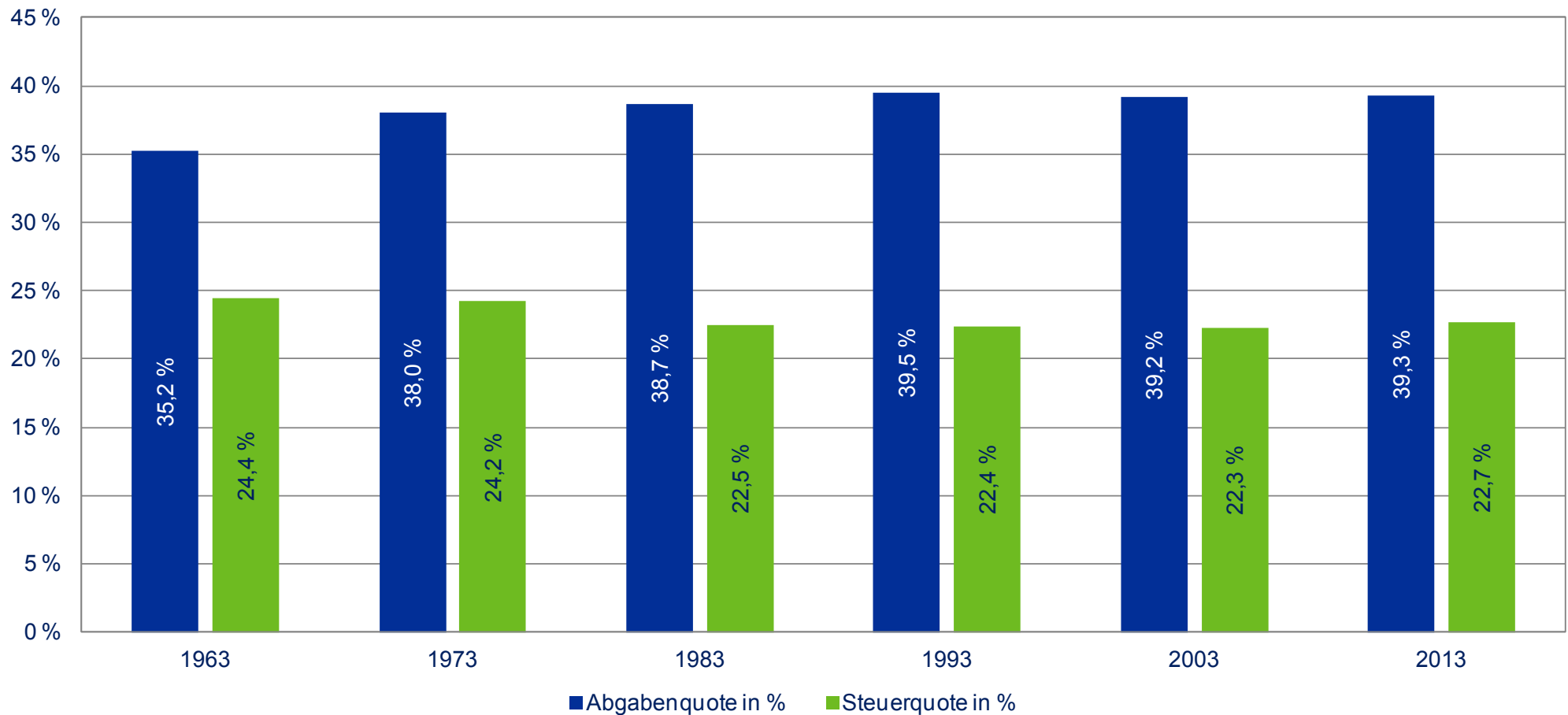
Wieviel verbleibt von 100 Euro Gehaltserhöhung?



Quelle: Eigene Berechnungen, www.bundesfinanzministerium.de (Abgabenrechner)

Die Bemessungsgrenzen im Sozialversicherungsrecht haben für Bezieher höherer Einkommen eine entlastende Wirkung. Oberhalb von 4.125 Euro pro Monat werden in der Kranken- und Pflegeversicherung keine Beiträge mehr fällig. Oberhalb von 6.050 Euro keine Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung. Trotz der progressiven Steuerbelastung bleibt dadurch unter dem Strich bei Lohnerhöhungen mehr Netto vom Brutto. Allerdings enden auch die beitragsbezogenen Leistungen (Rente, Krankengeld, Arbeitslosengeld) an den Bemessungsgrenzen. Das „Plus“ beim Nettoeinkommen sollte daher nicht in den Konsum, sondern in die private oder betriebliche Zusatzvorsorge fließen. Andernfalls ist die Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Erwerbsminderung oder Langzeiterkrankung gefährdet.

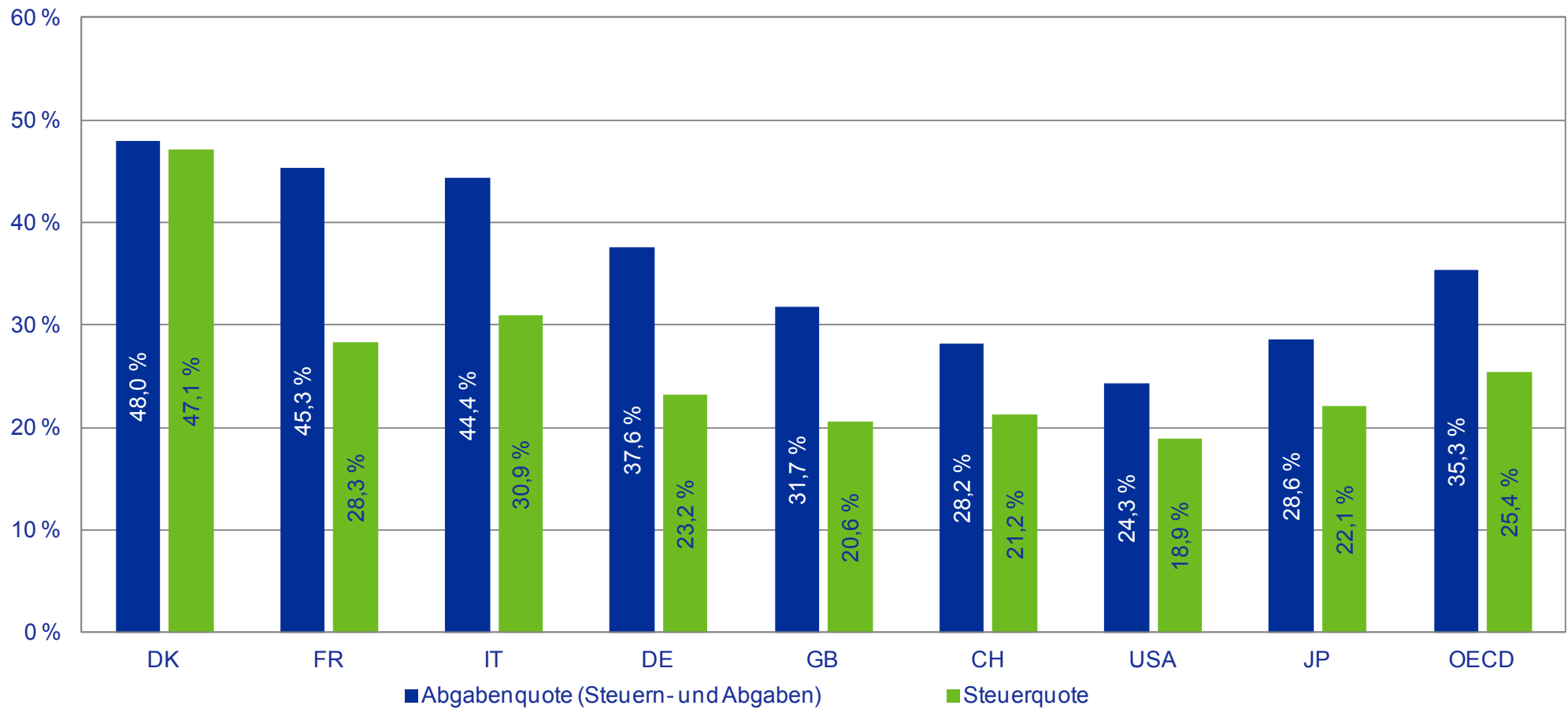
Öffentliche Ausgaben in Deutschland vorwiegend aus Abgaben finanziert



Quelle: Bundesfinanzministerium

Im internationalen Vergleich gibt es stark unterschiedliche Herangehensweisen an die Finanzierung staatlicher Aufgaben. Eine hohe Abgabenquote (und eine dementsprechend niedrige Steuerquote) belasten tendenziell den Faktor Arbeit. Dieses Problem wurde von wechselnden Bundesregierungen seit Ende der 80er Jahre adressiert, mit dem Ergebnis einer seither weitgehend stabilen Abgabenquote. Die Bemühungen um stabile Abgaben (und damit eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten) haben auch nicht zu einem Anstieg der Steuerquote geführt.

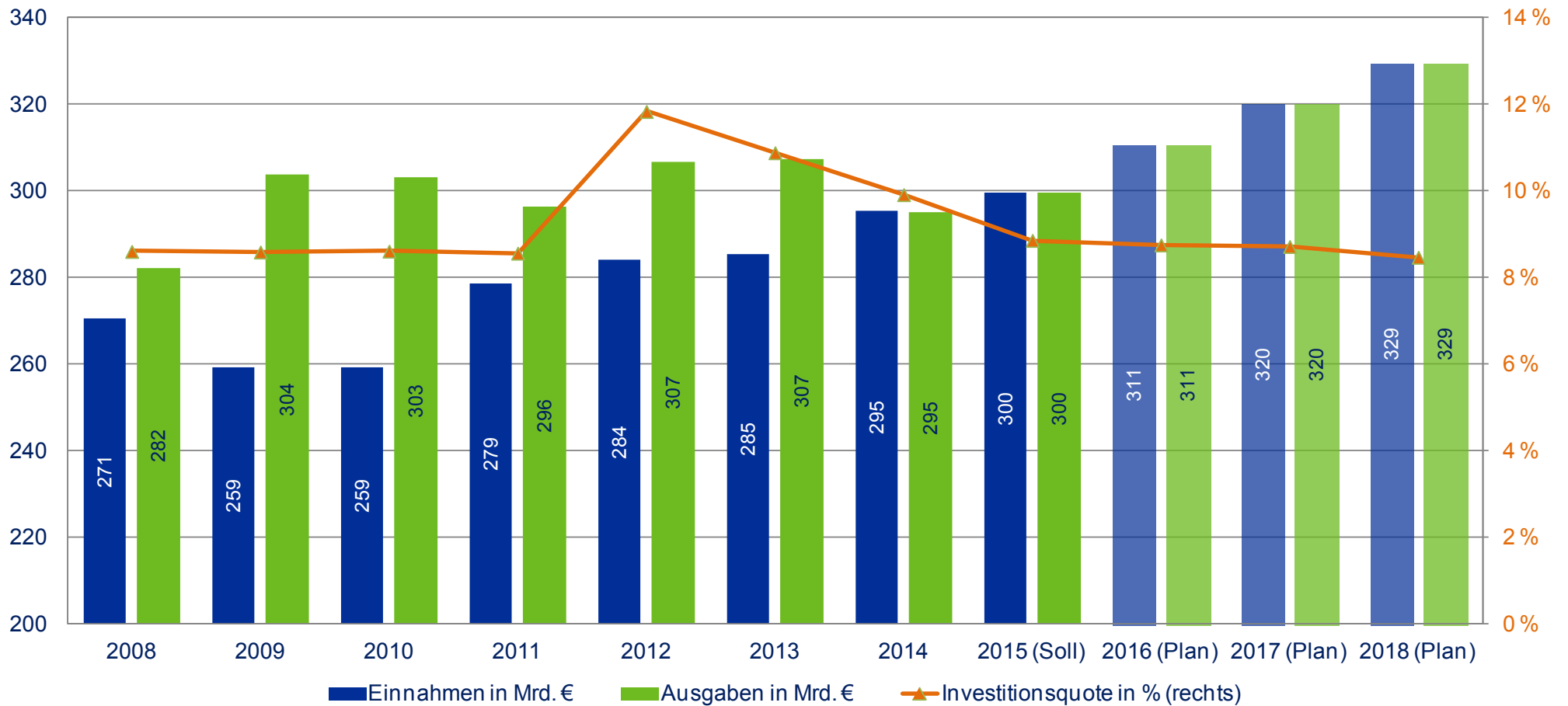
Steuern und Abgaben in Deutschland auf mittlerem Niveau



Quelle: OECD

Steuern und Abgaben bewegen sich in Deutschland im internationalen Vergleich auf mittlerem Niveau. Ein Vergleich mit Zahlen der OECD für das Jahr 2013 zeigt: Die Steuerquote (Verhältnis der Steuern zum BIP) liegt in Deutschland leicht unterhalb, die Abgabenquote leicht oberhalb des OECD-Durchschnitts.

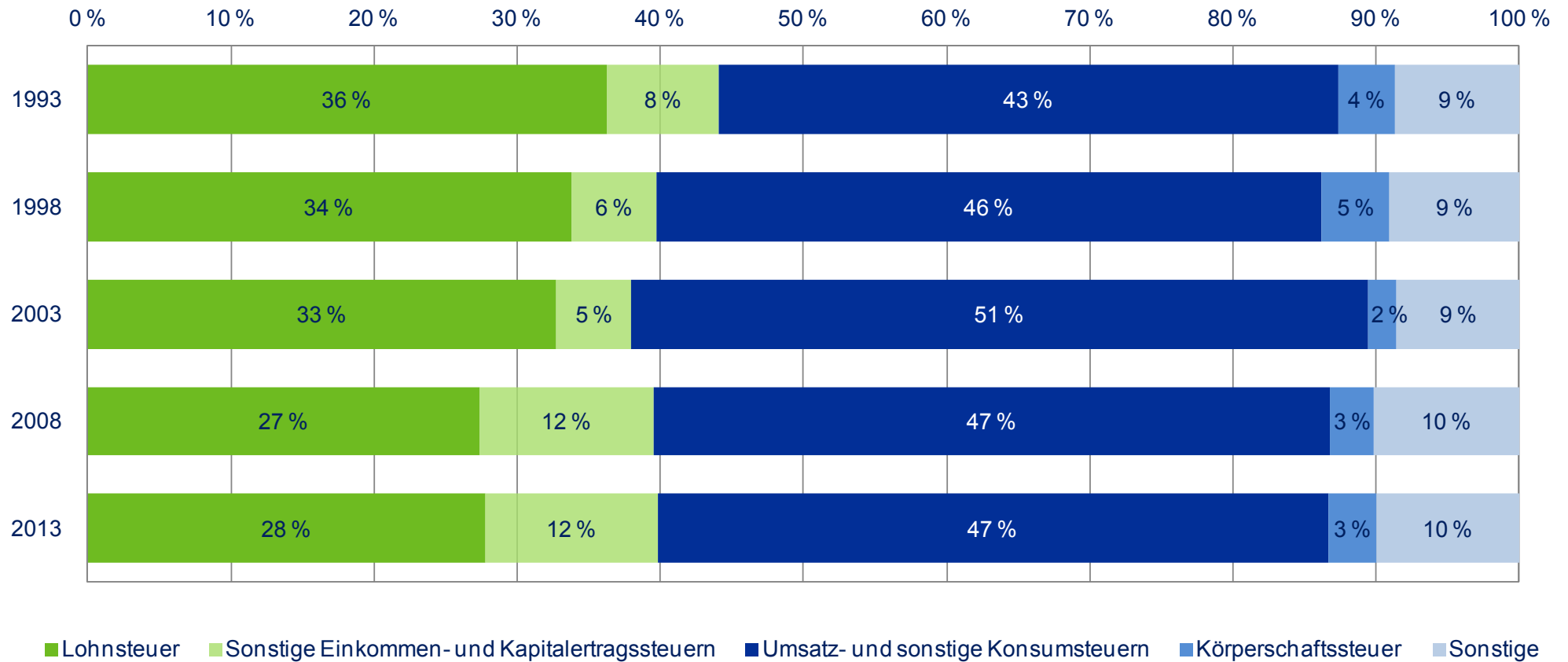
Ausgeglichener Haushalt, aber stagnierende Investitionsquote



Quelle: Bundesfinanzministerium

Die Bundesregierung hat das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2014 erstmals erreicht und strebt dies auch für das Jahr 2015 an. Sinkende Zinsen auf die Staatsschulden und eine robuste Konjunktur haben dabei geholfen. Die gewonnenen Spielräume werden aber nicht für verstärkte Investitionen genutzt. Seit 2012 ist die Investitionsquote (nach einem kurzfristigen Anstieg) gesunken. Auch in den kommenden Jahren ist laut der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes keine Trendumkehr zu erwarten. Stattdessen sollen nach Jahren der Stabilität die Einnahmen und Ausgaben in den kommenden Jahren wieder kräftig ansteigen.

Verlagerung der Steuerlast von direkten zu indirekten Steuern?



Quelle: Bundesfinanzministerium

Bei der Struktur der Steuereinnahmen haben sich in den letzten Jahren Strukturveränderungen ergeben. Insbesondere der Lohnsteueranteil ist spürbar gesunken, während das Steueraufkommen aus der Konsumbesteuerung gestiegen ist. Das Gesamtverhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern hat sich aber nur geringfügig verändert. Insofern dürften sich die Möglichkeiten der Regierung, verteilungspolitische Ziele über eine direkte Besteuerung zu verwirklichen, nicht nennenswert verringert haben.

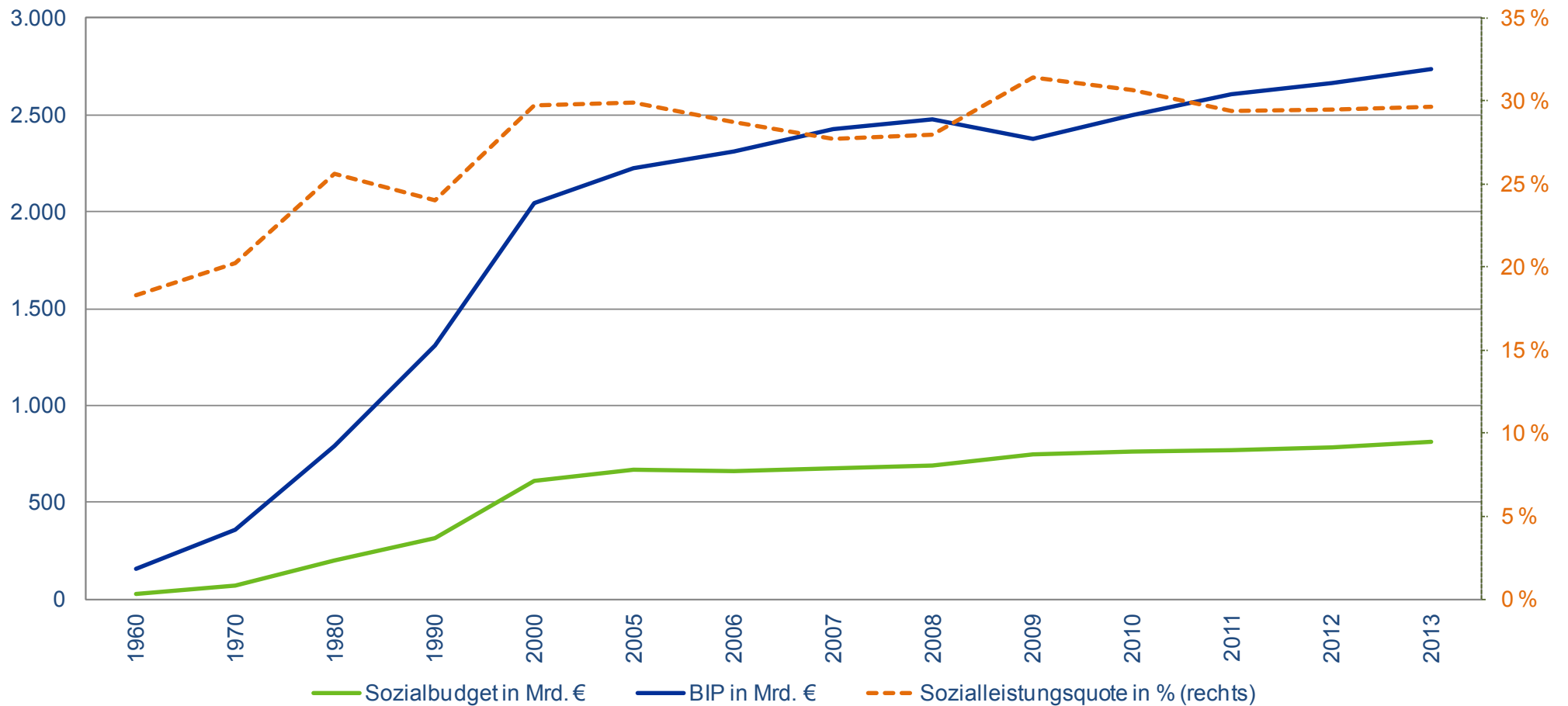
5

Soziales

1. Sozialleistungsquote
2. Renteneintrittsalter
3. Lebenserwartung
4. Rentenniveau
5. Rente mit 63
6. Deckungsmittel betriebliche Altersversorgung
7. Gesundheitsausgaben
8. Einkommensverteilung
9. Einkommensunterschiede



Sozialleistungsquote stabilisiert

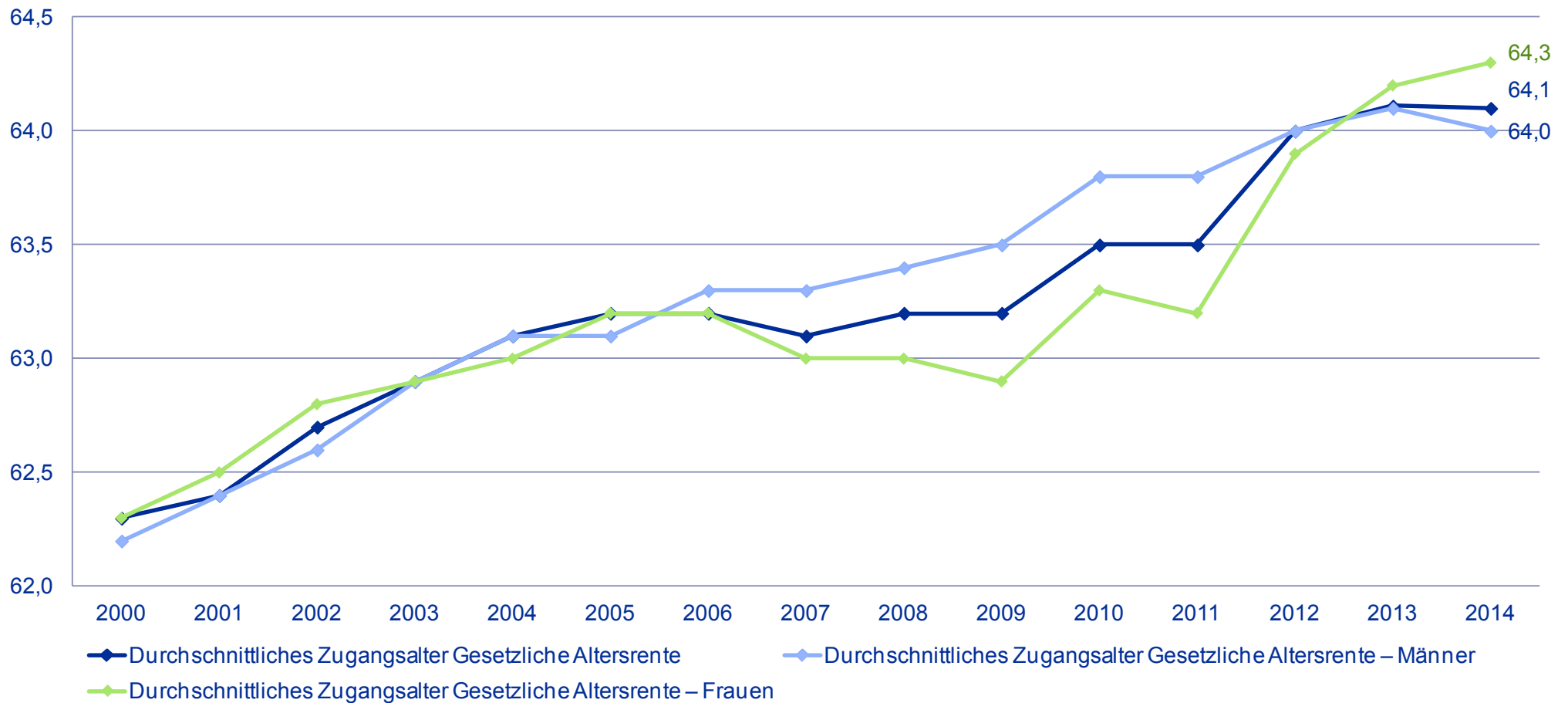


Quelle: Sozialbudget, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Über lange Zeiträume sind die Sozialabgaben in Deutschland prozentual stärker gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt, ablesbar an der Sozialleistungsquote. Dieser Trend wurde aber gestoppt.

Seit Beginn der 90er Jahre bewegt sich die Sozialleistungsquote im Bereich von 30 Prozent, von der Ausnahme des Krisenjahres 2009 abgesehen.

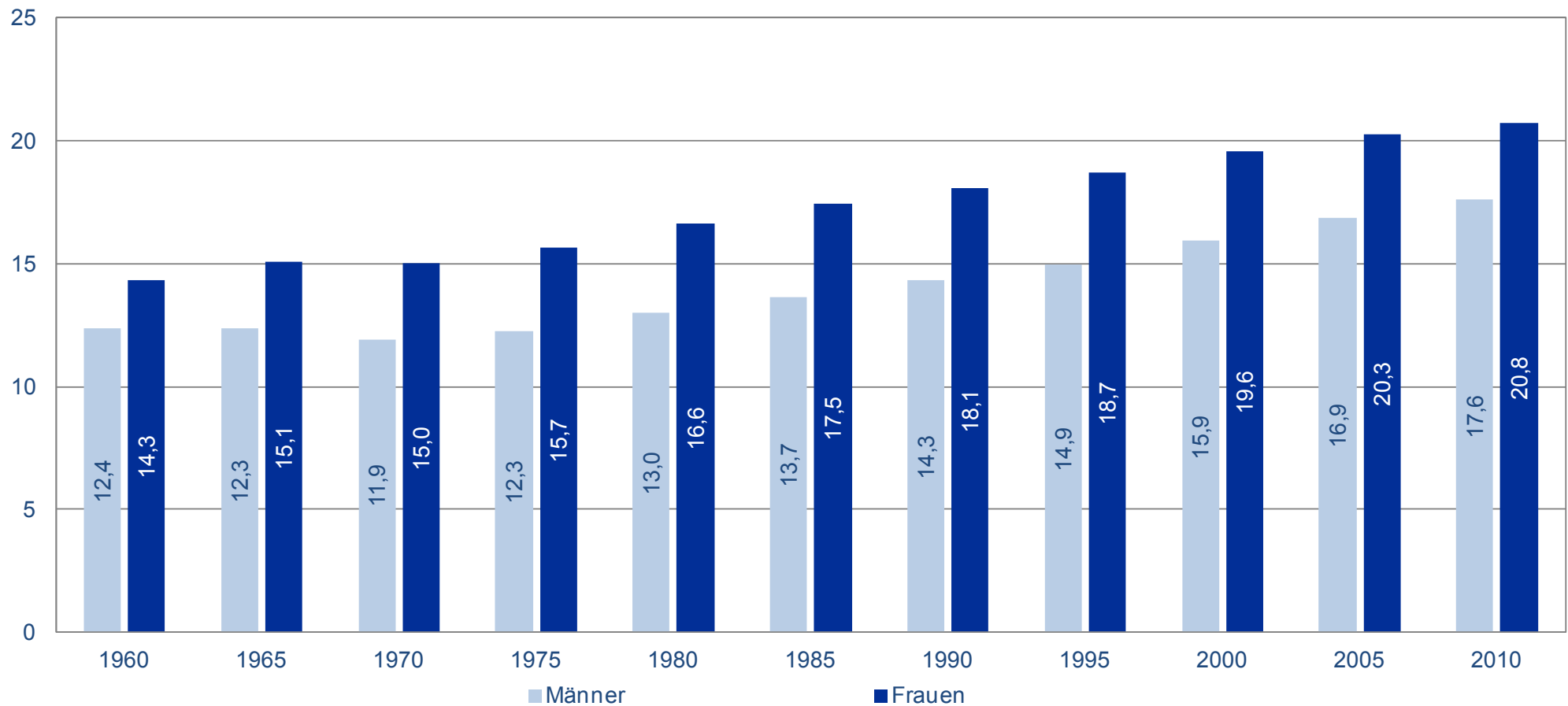
Reformen und ihre Abschwächung zeigen Wirkung



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund

In der Rentenpolitik wirken sich politische Entscheidungen häufig sehr direkt auf das Arbeitsleben aus. Am Verlauf des durchschnittlichen Zugangsalters in die gesetzliche Altersrente seit dem Jahr 2000 lässt sich dieser Einfluss ablesen. So wurde der Weg in die vorzeitige Rente durch die Verkürzung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes im Rahmen der Hartz-Gesetze 2006 und 2008 deutlich erschwert. Auch die schrittweise Anhebung des Regelrentenalters auf 67 Jahre entfaltet bereits ihre Wirkung. Der leichte Rückgang bei den Werten für Männer im Jahr 2014 ist offenkundig ein Effekt der neuen Rente ab 63 für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren.

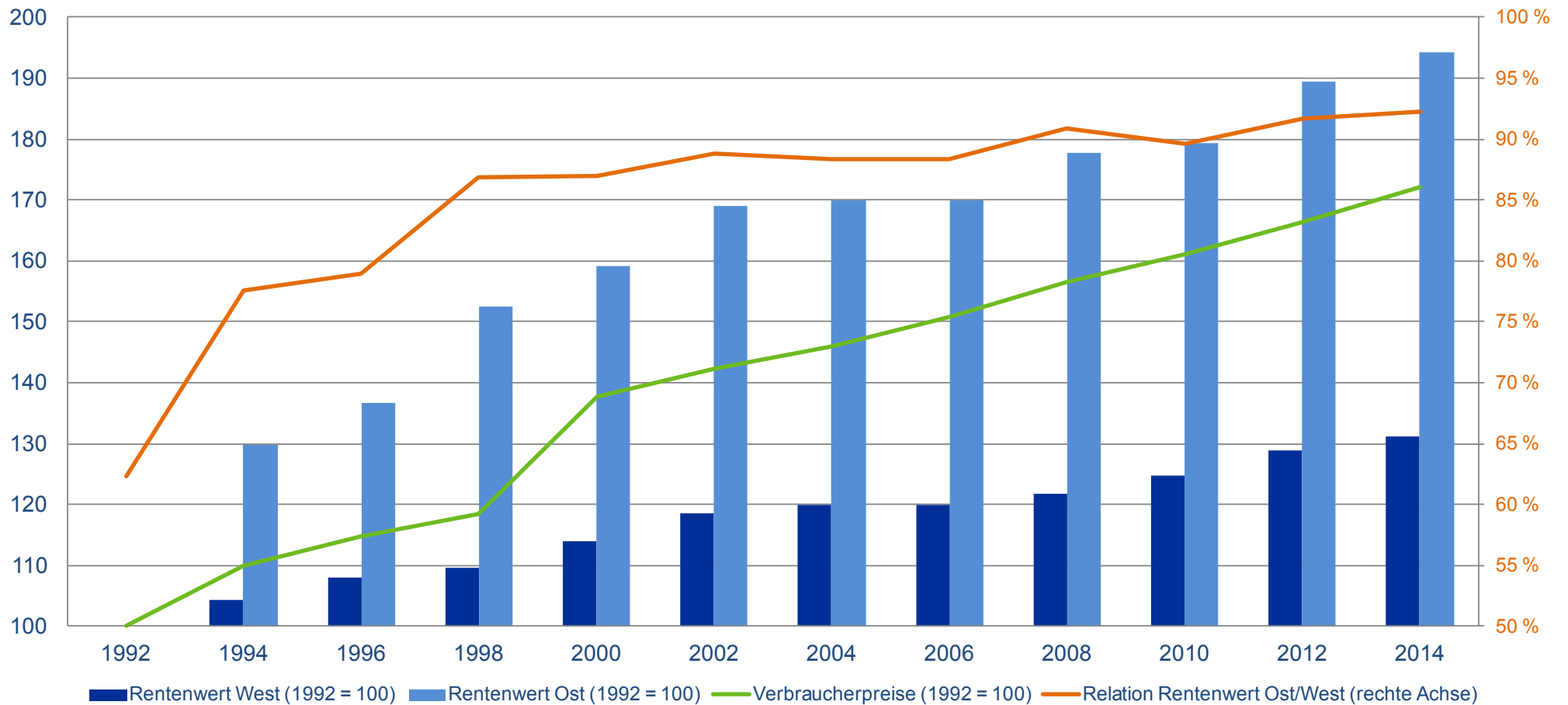
Kontinuierlicher Anstieg der ferneren Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Seit 1990 ist die fernere Lebenserwartung bei 65-jährigen Frauen jedes Jahr durchschnittlich um 1,9 Monate gestiegen, bei Männern um 1,6 Monate. Dieser Anstieg ist also schneller als der Anstieg der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre (durchschnittlich 1,33 Monate pro Jahr im Zeitraum zwischen 2012 und 2031). Vertrauensschutzregelungen und Sonderregelungen wie die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren werden außerdem dazu führen, dass das tatsächliche Alter bei Rentenbeginn langsamer steigen wird als die Regelaltersgrenze. Im Ergebnis gleicht der Anstieg rentenrechtlicher Altersgrenzen den Zuwachs an Lebenserwartung nicht aus. Die Rentenbezugszeit wird weiter steigen und damit auch die Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Umlagesystems.

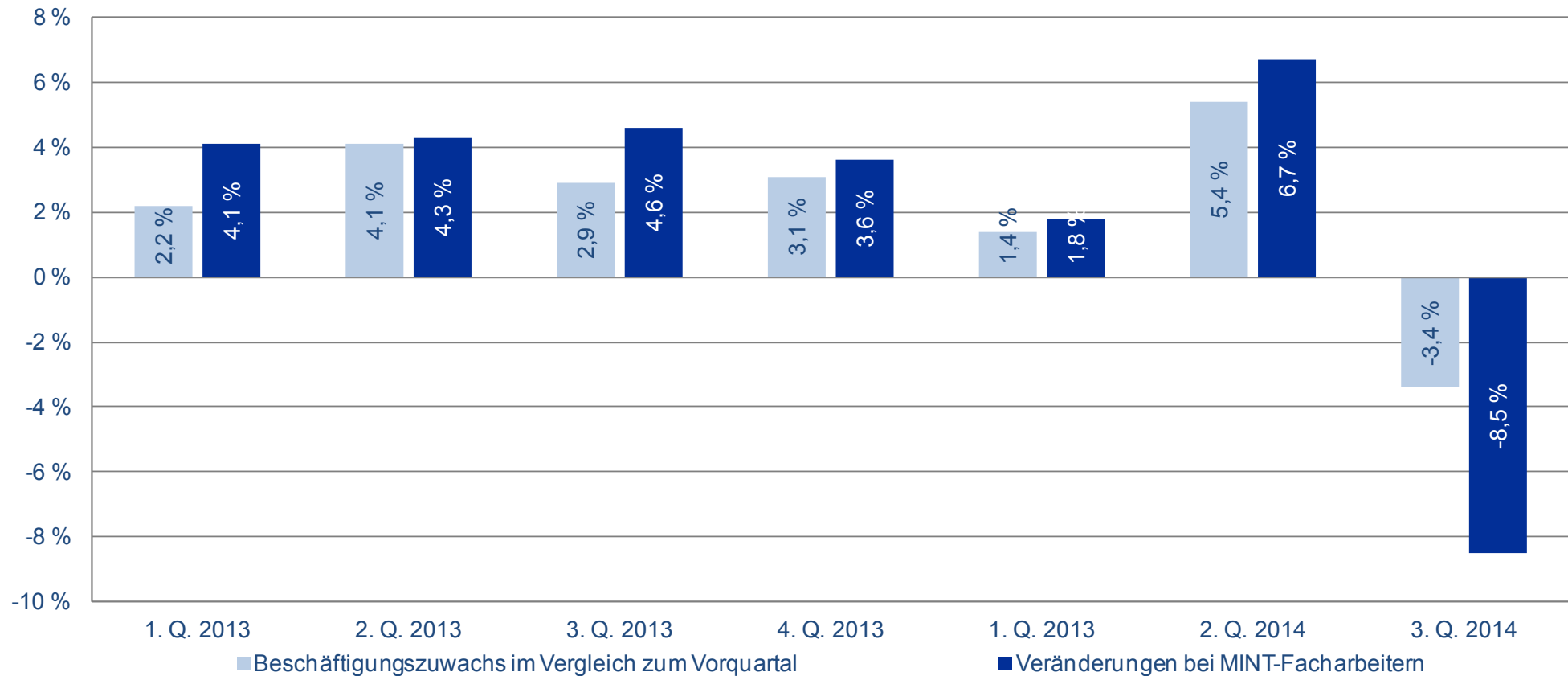
Gesetzliche Renten vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt – Ausnahme: neue Länder



Quelle: DRV-Bund, Statistisches Bundesamt

Seit den 90er Jahren sinkt, politisch gewollt wegen des demografischen Wandels, das Niveau der gesetzlichen Renten. Dies zeigt ein Vergleich der Entwicklungen des Verbraucherpreisindex und des für die Höhe der gesetzlichen Renten maßgeblichen Rentenwerts (West). Seit 1992 stieg der Verbraucherpreisindex um 72 Prozent, der Rentenwert (West) nur um 32 Prozent. Eine Sondersituation ergibt sich nur in den neuen Bundesländern, wo seit 1992 der Rentenwert (Ost) entsprechend der Einkommensentwicklung der dort aktiven Beschäftigten angepasst wird. Dadurch haben sich im Osten seit 1992 überdurchschnittliche Zuwächse ergeben. Der Stand der Rentenangleichung (Relation der Rentenwerte Ost und West) beträgt seit 1. Juli 2015 92,6 Prozent.

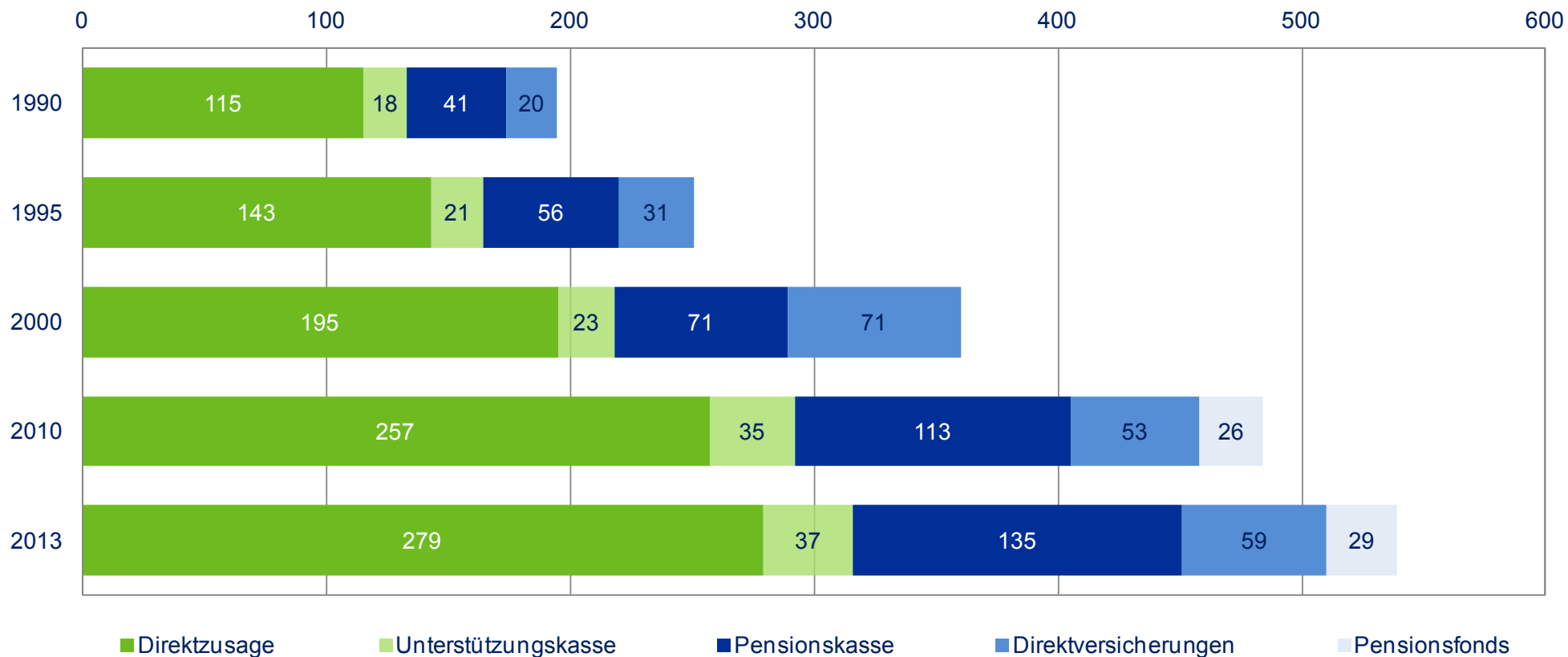
Rückschlag bei Beschäftigung älterer MINT-Fachkräfte durch Rente mit 63



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2015

Am 1. Juli 2014 ist die neue abschlagsfreie Altersrente ab 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren in Kraft getreten. Ihre arbeitsmarktpolitische Wirkung ist offenbar erheblich. Der positive Trend bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Altersgruppe ab 63 erscheint gefährdet. Dies gilt insbesondere für Facharbeiter, die frühzeitig ins Berufsleben eingestiegen sind und die Voraussetzung der 45 Beitragsjahre häufig erfüllen. Besonders betroffen: Branchen und Unternehmen mit einem hohen Bedarf an MINT-Beschäftigten, also an mathematisch, informatisch, naturwissenschaftlich und technisch ausgebildeten Arbeitnehmern. In den kommenden Jahren dürfte sich der erstmals 2014 eingetretene negative Effekt leicht abschwächen, da die Altersgrenze für die abschlagsfreie Rente nicht dauerhaft bei 63 Jahren bleiben wird, sondern sukzessive wieder auf 65

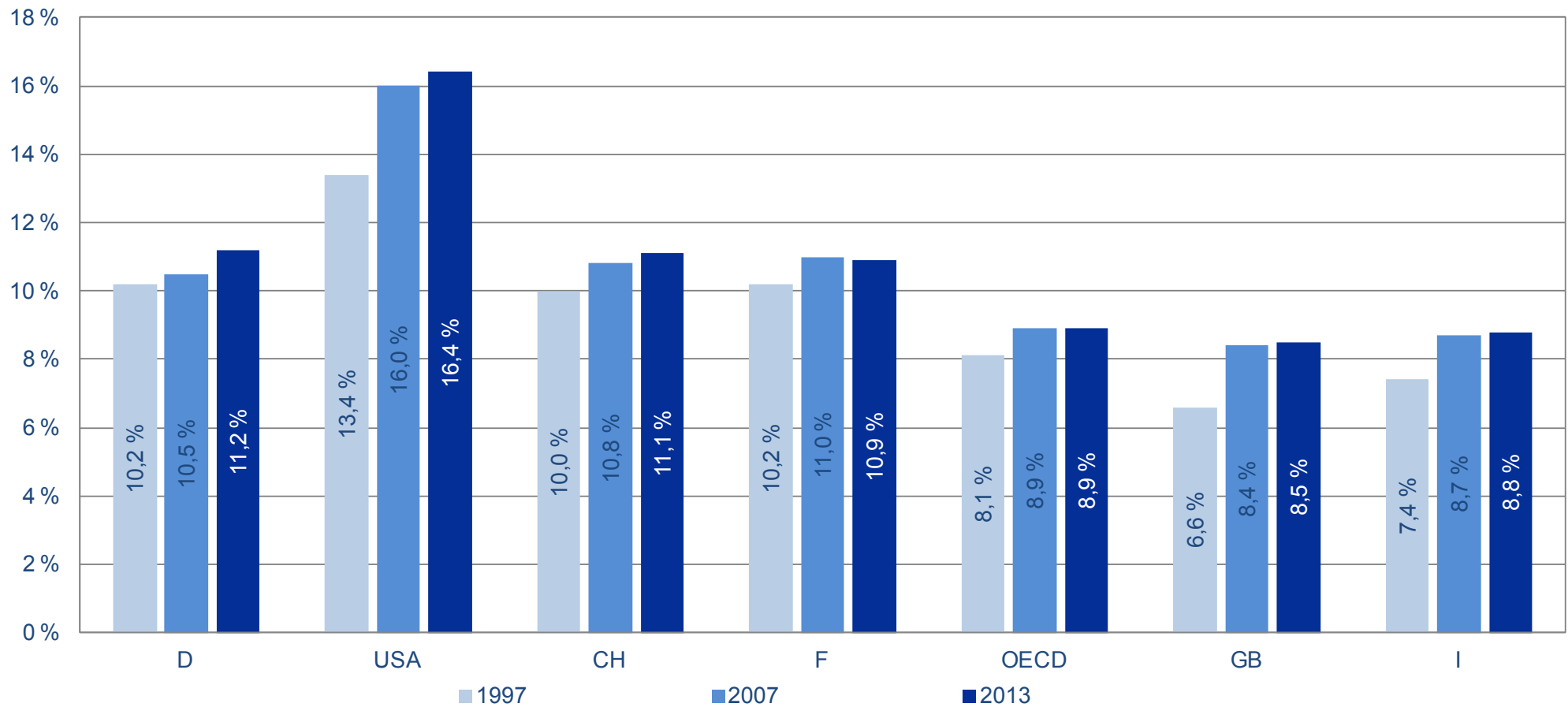
Deckungsmittel der betrieblichen Altersversorgung



Quelle: Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung

Die Betriebsrente als zweite Säule der Alterssicherung befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Die gesamten Deckungsmittel für die betriebliche Altersversorgung betragen Ende 2013 539 Milliarden Euro, immerhin rund 20 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Bei den Finanzierungsformen gibt es aber Strukturveränderungen. Die über bilanzielle Rückstellungen abgesicherte Direktzusage, immer noch mit Abstand der wichtigste Durchführungsweg, verliert langsam an Bedeutung. Ihr Anteil an den gesamten Deckungsmitteln ist seit 1990 von 59 Prozent auf 52 Prozent gesunken. Direktversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds als externe Durchführungswegen haben parallel dazu an Bedeutung zugelegt.

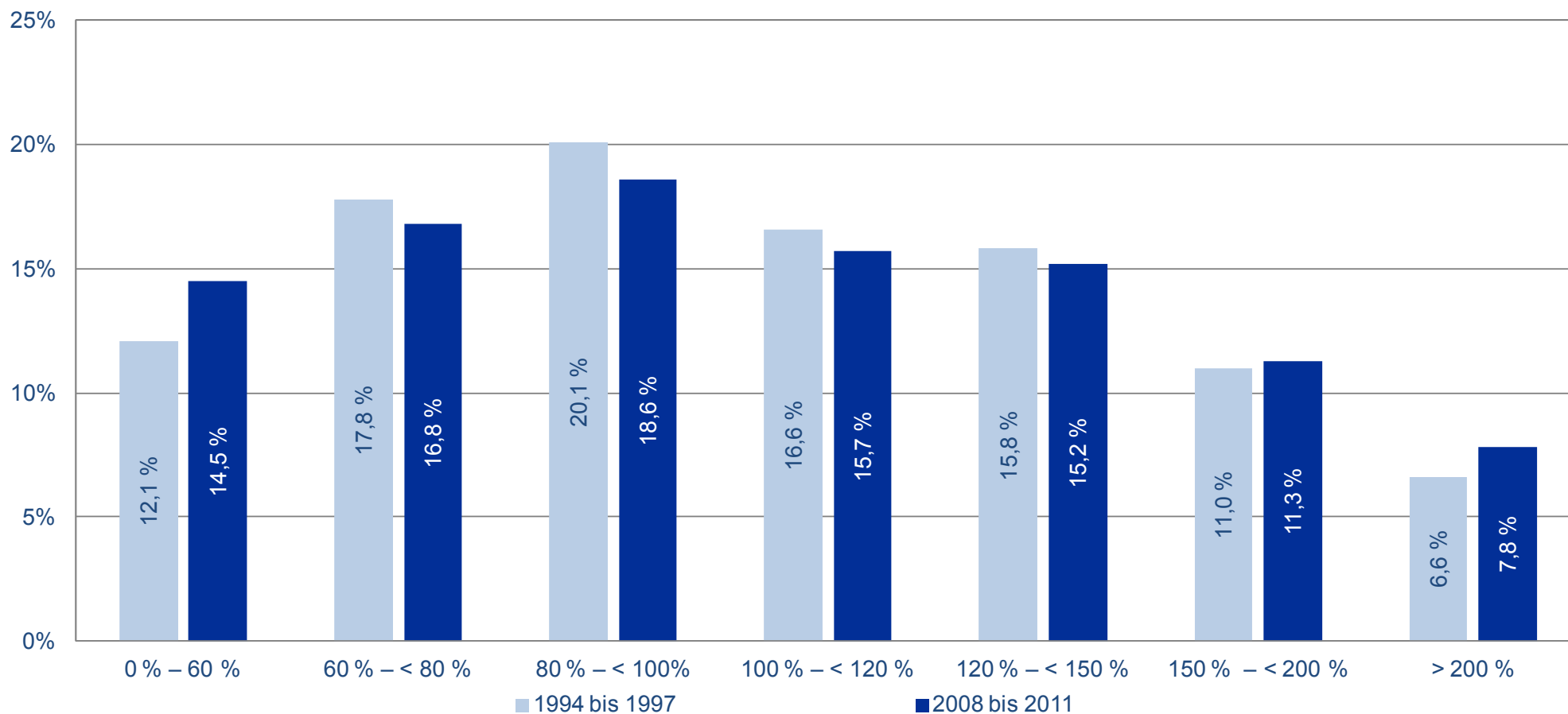
Gesundheitsausgaben: Gedämpfter Anstieg auf hohem Niveau



Quelle: OECD, Gesundheitsberichtserstattung des Bundes

Statistiken der OECD zufolge liegen die Gesundheitsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich auf hohem Niveau. Erfasst werden dabei Ausgaben von gesetzlichen Krankenkassen, anderen Sozialversicherungszweigen, privaten Krankenversicherungen, Arbeitgebern sowie von privaten Haushalten. Angesichts der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitssektors sind Einsparungen aber kein Selbstzweck. Maßnahmen der Kostendämpfung haben sich daher in den letzten Jahren in erster Linie auf die Stabilisierung der Arbeitgeberbeiträge konzentriert. Hierbei zeigen Statistiken der Bundesregierung (hier nicht visualisiert): Die Kostenbelastung der Arbeitgeber wurde erfolgreich gebremst. Der Anteil privater Haushalte an den Ausgaben stieg demgegenüber von 10 auf 14 Prozent im Zeitraum zwischen 1996 und 2014.

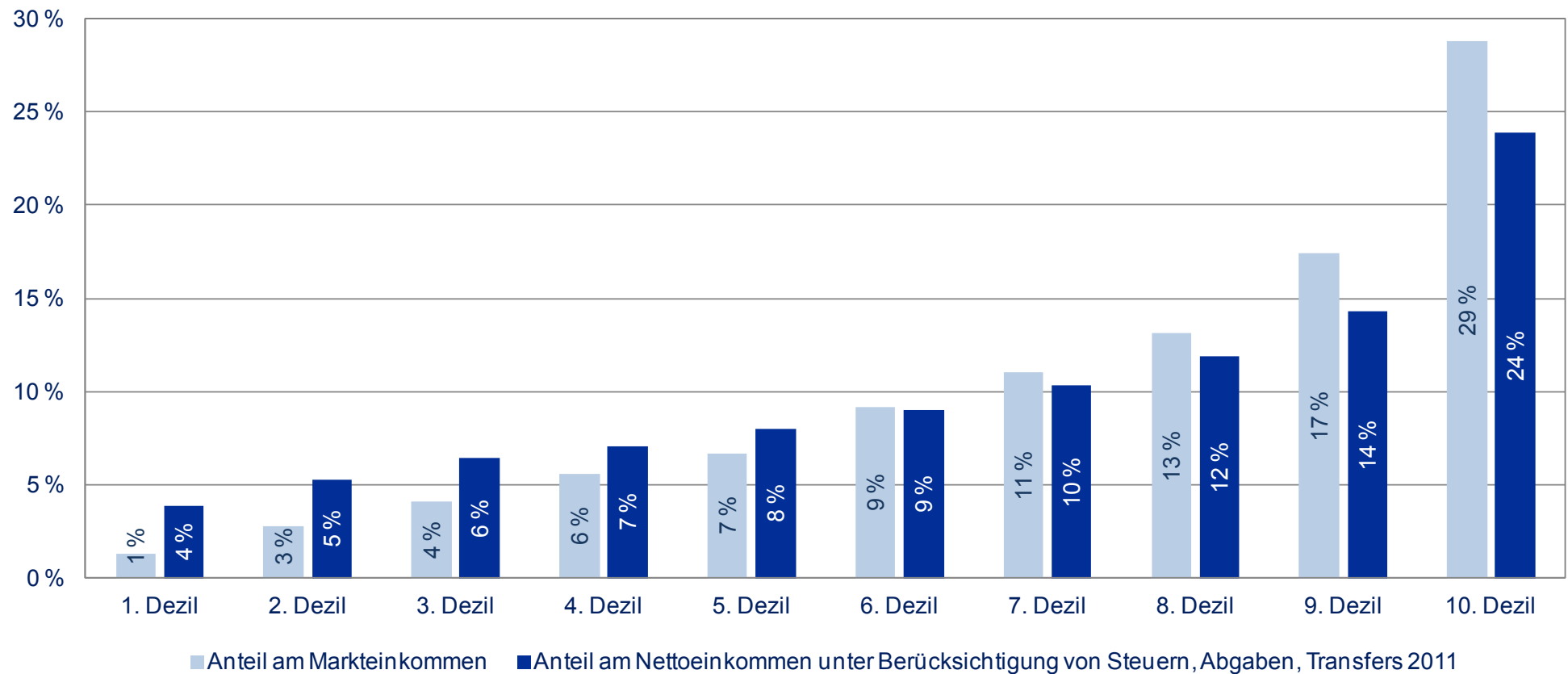
Einkommensungleichheit wächst leicht



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Einkommensungleichheit in Deutschland ist seit den 90er Jahren gewachsen. Der Anstieg ist aber weniger stark ausgefallen, als es der alarmistische Tonfall der öffentlichen verteilungspolitischen Diskussionen vermuten lässt. Markante Veränderungen gab es vor allem an den Rändern der Verteilung. Sowohl der Anteil der Beschäftigten mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (der politisch definierten Schwelle für eine relative Armutsgefährdung) als auch der Anteil der Beschäftigten mit dem doppelten des Medianeinkommens haben leicht zugenommen. Der Anteil der Beschäftigten in den dazwischenliegenden Einkommensklassen ist demgegenüber leicht gesunken.

Steuern und Sozialabgaben reduzieren Einkommensunterschiede



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Bundeszentrale für politische Bildung

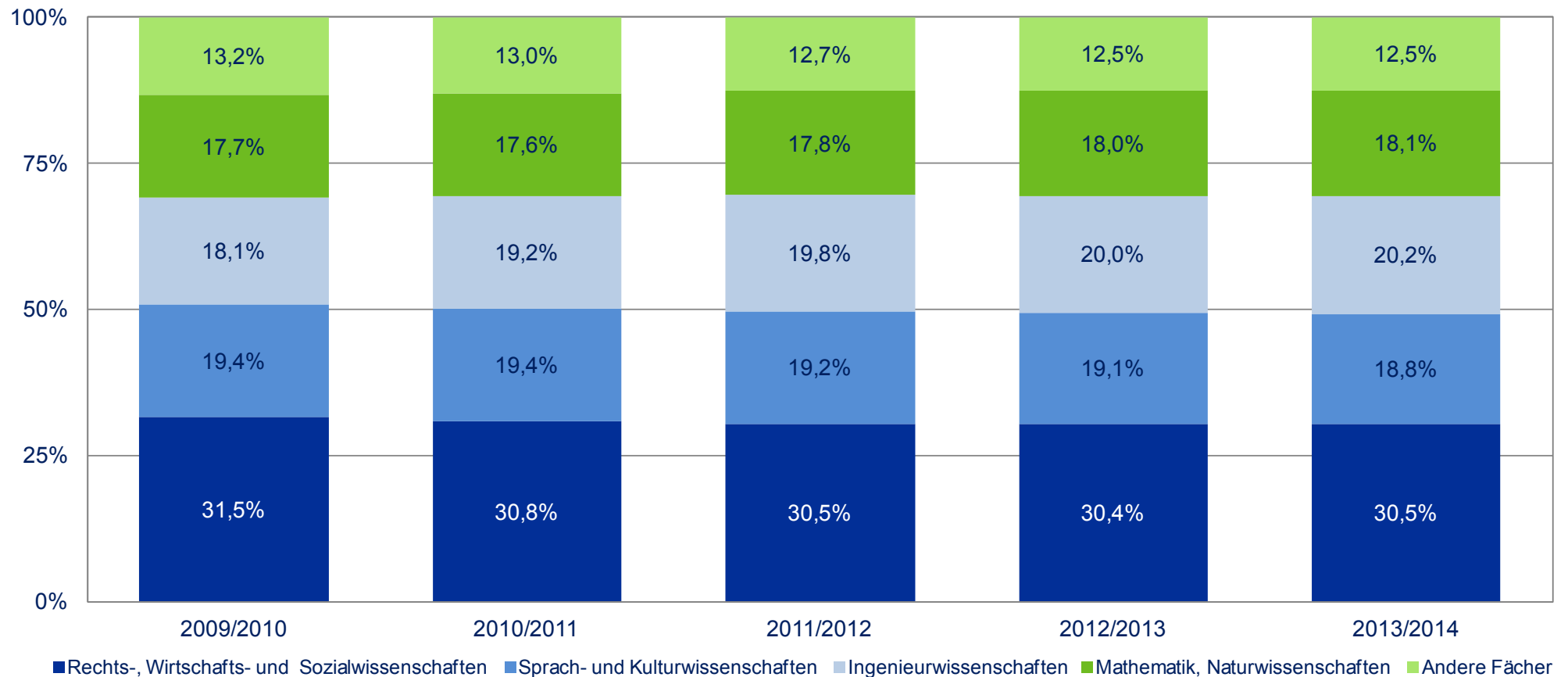
Das Steuer- und Abgabensystem reduziert die vorhandene Ungleichverteilung bei den Einkommen spürbar. Für die untere Hälfte der Einkommensbezieher ergeben sich messbar positive Verteilungseffekte. Im Jahr 2011 belief sich ihr Anteil am Markteinkommen in Summe auf 20,5 Prozent. Der Anteil am tatsächlich bezogenen Nettoeinkommen verbessert sich transferbereinigt auf 30,7 Prozent. Die Einkommensrelation im Vergleich des zehnten zum ersten Dezils reduziert sich damit korrespondierend vom 22,1-Fachen auf das 6,1-Fache des unteren Dezils.

6

Bildung

1. MINT-Orientierung bei Studienrichtungen
2. Mehrverdienst durch Bildungsabschluss
3. Bildungsmobilität
4. Bildungsausgaben
5. Forschungsförderung im internationalen Vergleich
6. FuE-Intensität im internationalen Vergleich

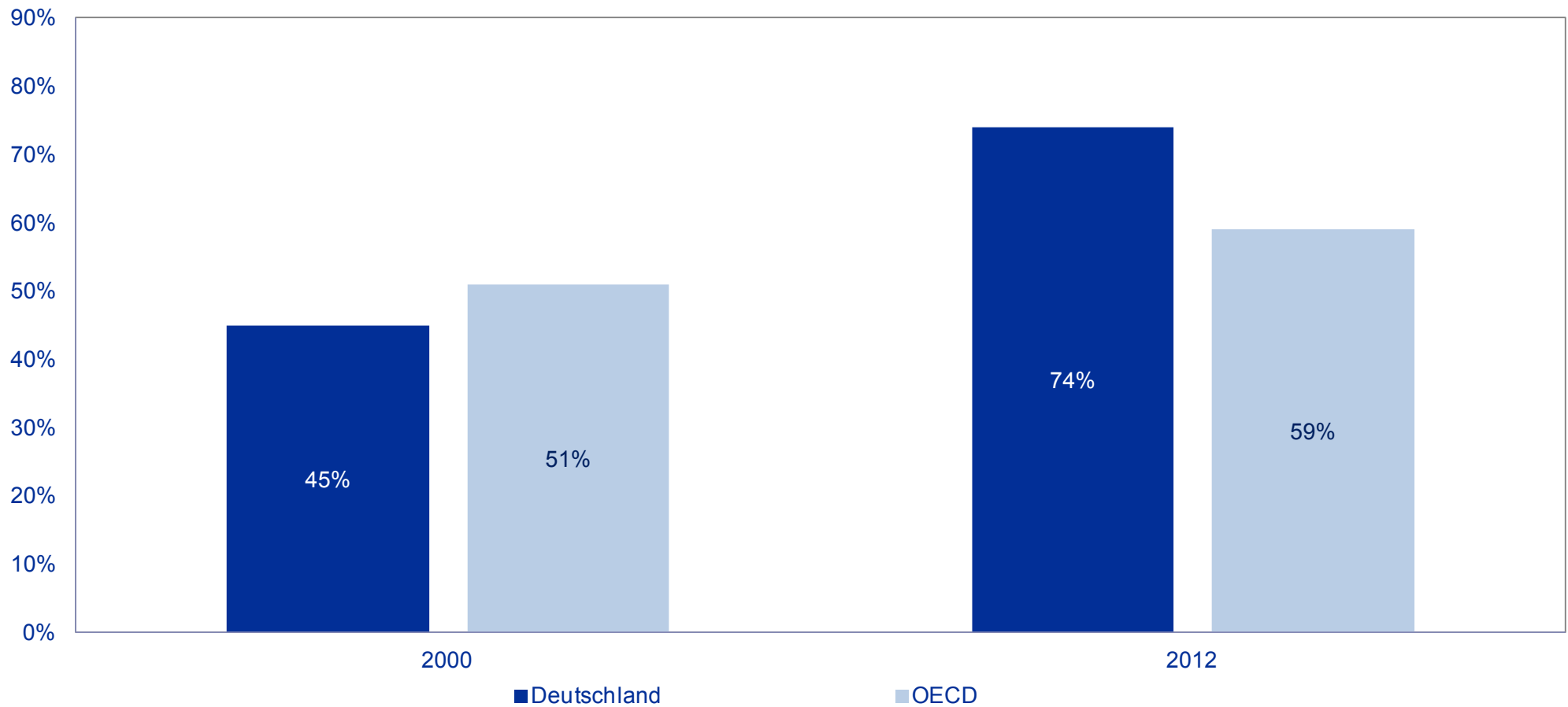
Studienrichtungen: MINT-Fächer legen leicht zu



Quelle: Statistisches Bundesamt

Fächer aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) werden bei Studenten in Deutschland beliebter: Der Anteil der Studenten in den MINT-Bereichen ist seit dem Studienjahr 2009/2010 von 17,7 beziehungsweise 18,1 Prozent auf 18,1 bzw. 20,2 Prozent im Studienjahr 2013/2014 angestiegen.

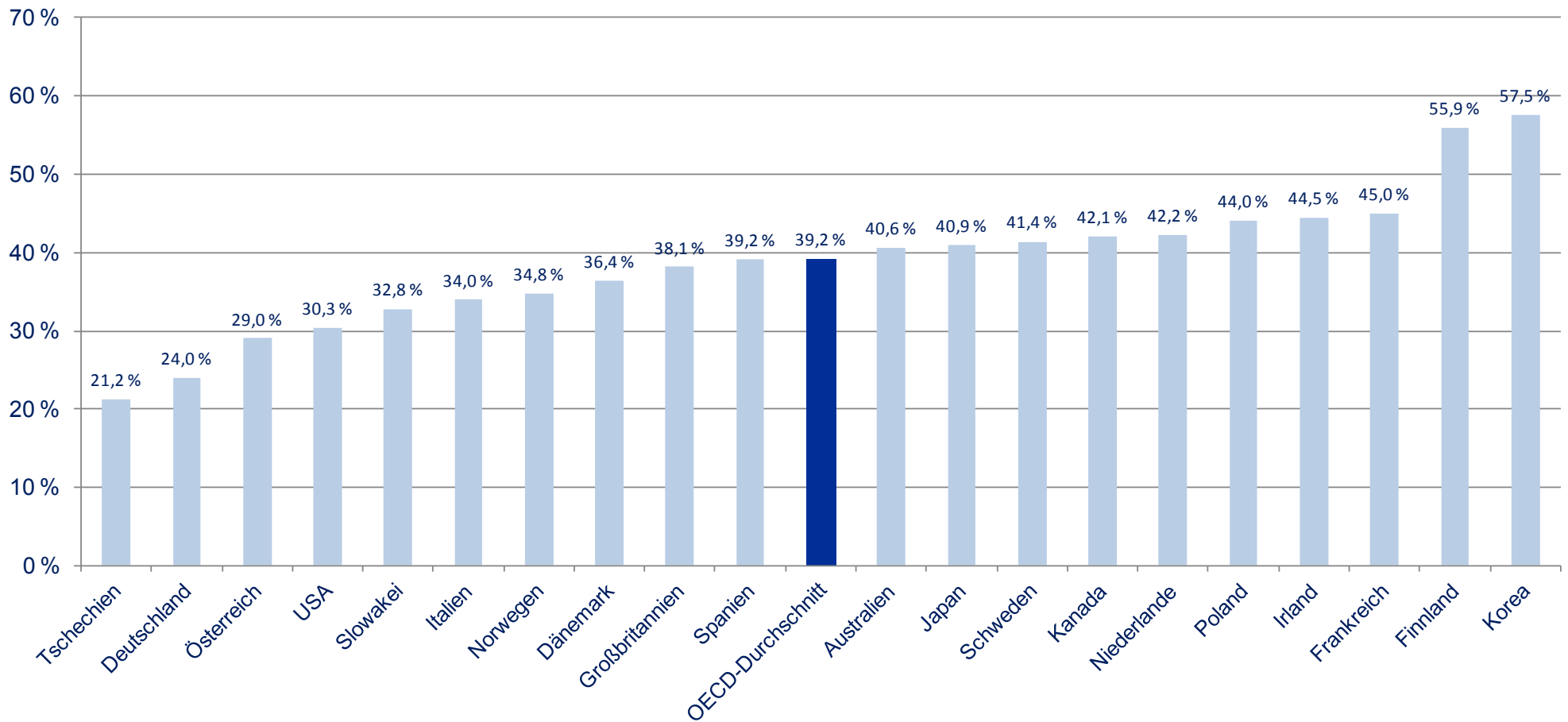
Bildungsabschlüsse: Studieren rechnet sich in Deutschland besonders



Quelle: OECD 2014

Der Verdienstvorsprung durch einen Abschluss aus dem tertiären Bildungsbereich (Hochschule, Fachhochschule, Berufsakademie) ist in Deutschland in den vergangenen Jahren gewachsen: Im Jahr 2000 verdienten Akademiker im Schnitt 45 Prozent mehr als Nichtakademiker, 2012 waren es 74 Prozent. Im Durchschnitt der OECD-Länder ist dieser Wert im gleichen Zeitraum von 51 auf 59 Prozent gestiegen.

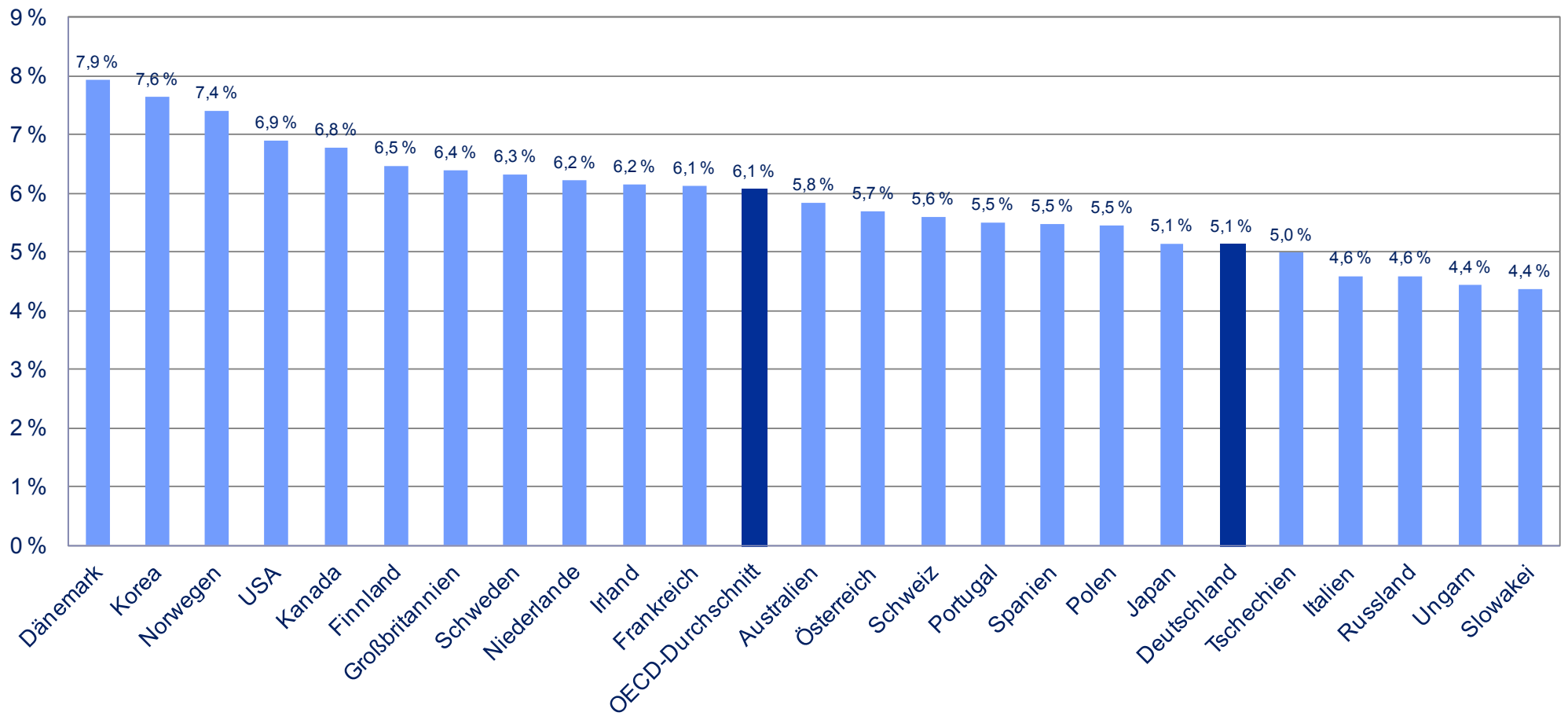
Bildungschancen: Wenig Mobilität in Deutschland



Quelle: OECD 2014

Das deutsche Bildungssystem ermöglicht nach wie vor nur wenig Mobilität nach oben: Im Jahr 2012 hatten nur 24 Prozent der 25- bis 64-Jährigen einen im Vergleich zum eigenen Elternhaus höheren Bildungsgrad erreicht. Dieser Wert liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 39 Prozent. Dabei muss allerdings das überdurchschnittlich hohe Bildungsniveau in Deutschland berücksichtigt werden.

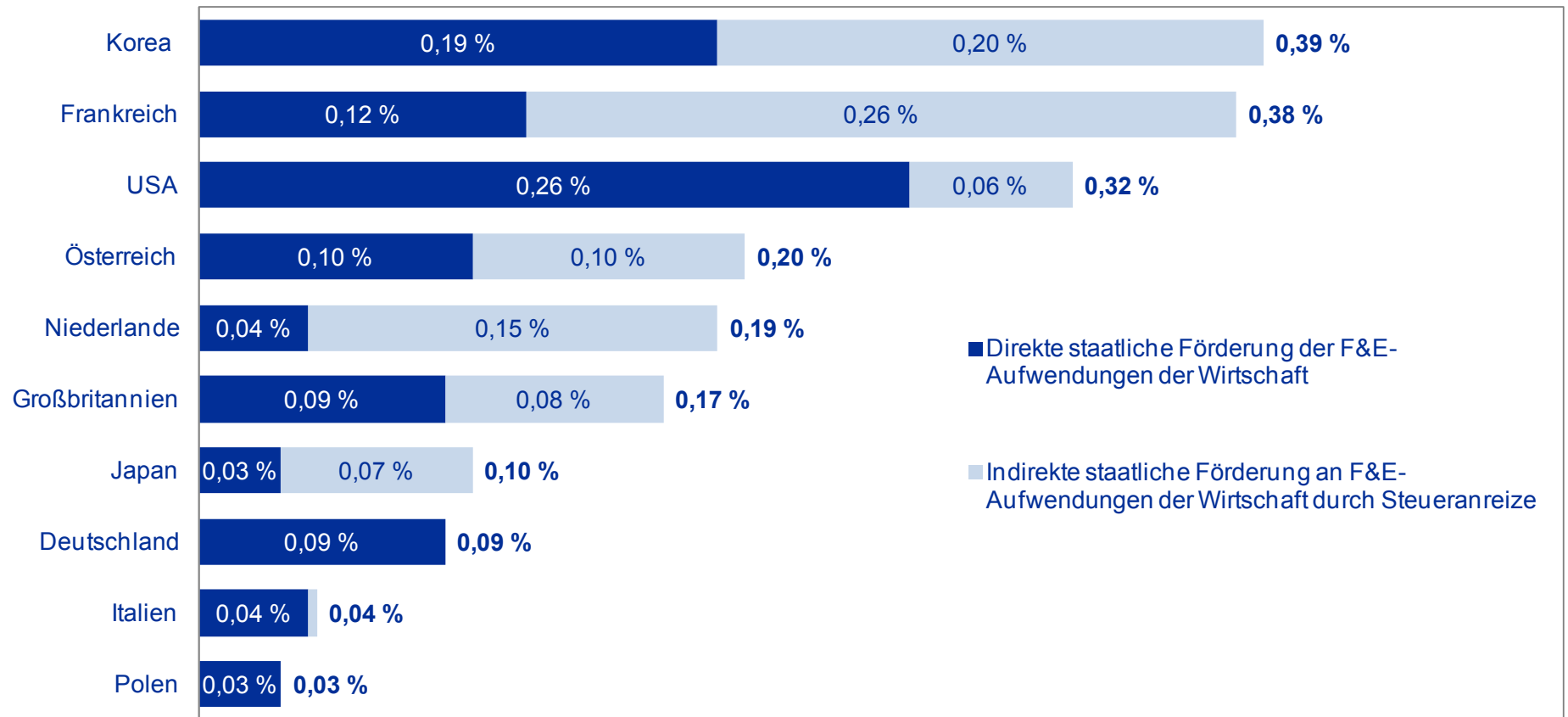
Bildungsausgaben: Deutschland unter OECD-Durchschnitt



Quelle: OECD 2014

In Deutschland wird prozentual weniger für Bildung ausgegeben als in anderen Industriestaaten. Im Schnitt entfallen in den OECD-Staaten 6,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Ausgaben der Bildungsinstitutionen. In Deutschland ist dieser Wert seit 2000 (4,9 Prozent) zwar leicht gestiegen, er liegt mit 5,1 Prozent aber nach wie vor unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.

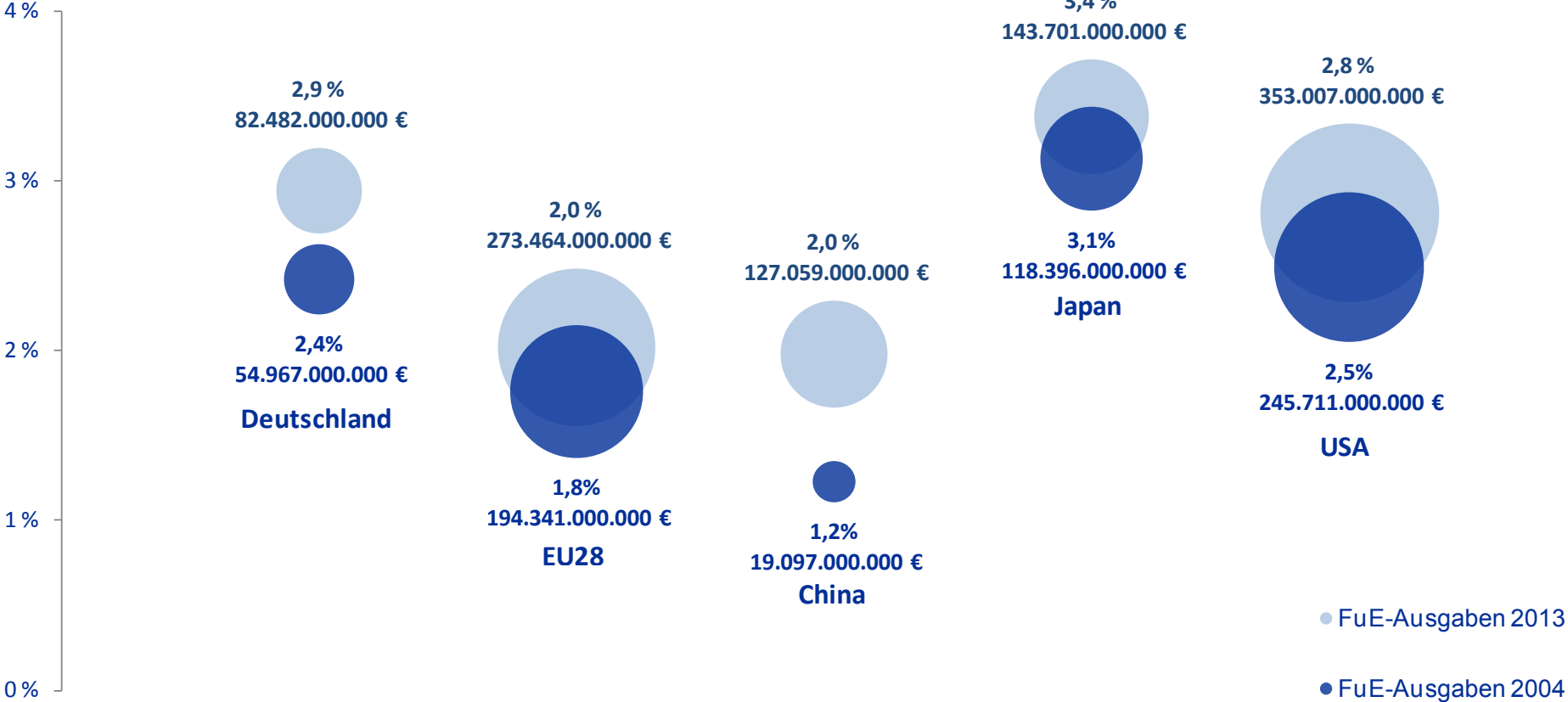
Forschungsförderung: Deutschland läuft hinterher



Quelle: OECD 2013

Bei der staatlichen Förderung von Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) liegt Deutschland hinter vielen anderen Industrieländern. So wendete etwa Frankreich im Jahr 2011 mit einer Kombination aus direkter und indirekter Förderung fast 0,4 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für die Forschungsförderung auf. In Deutschland waren es dagegen nur knapp 0,1 Prozent.

FuE-Intensität: China holt auf, Japan bleibt vorn



Quelle: Eurostat 2015

Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes, der für Forschung und Entwicklung (FuE) aufgewendet wird, ist zwischen 2004 und 2013 in vielen großen Volkswirtschaften gestiegen. Besonders deutlich hat die Forschungsintensität in China zugenommen, Spitzenreiter unter den großen Industrienationen bleibt Japan.

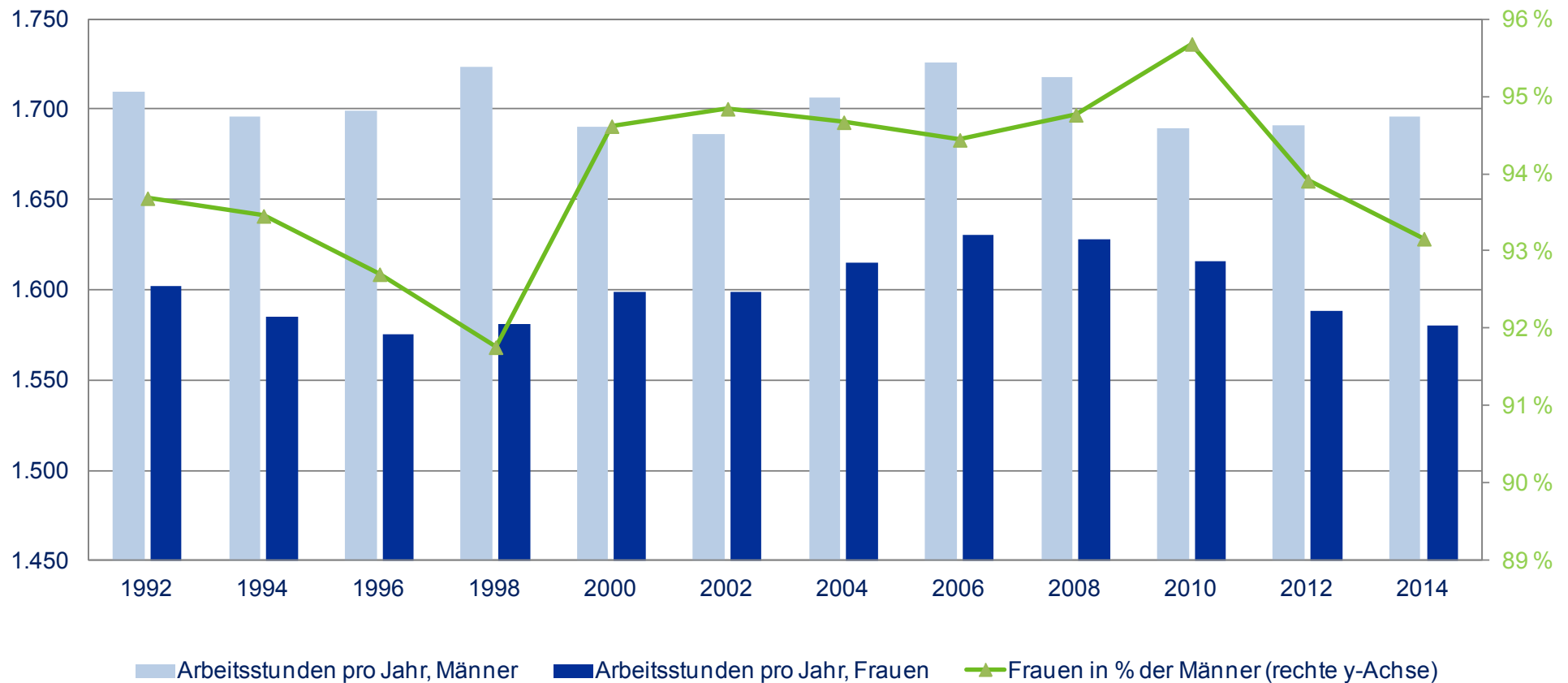
7

Chancengleichheit

1. Arbeitszeitlücke zwischen Männern und Frauen
2. Erwerbstätigkeit und Teilzeitanteil von Frauen
3. Frauen in Führungspositionen
4. Karriereförderung von Frauen
5. Chancengleichheit für Frauen
6. Berücksichtigung von Diversity-Dimensionen
7. LGBT-Engagement: nach Unternehmensgröße



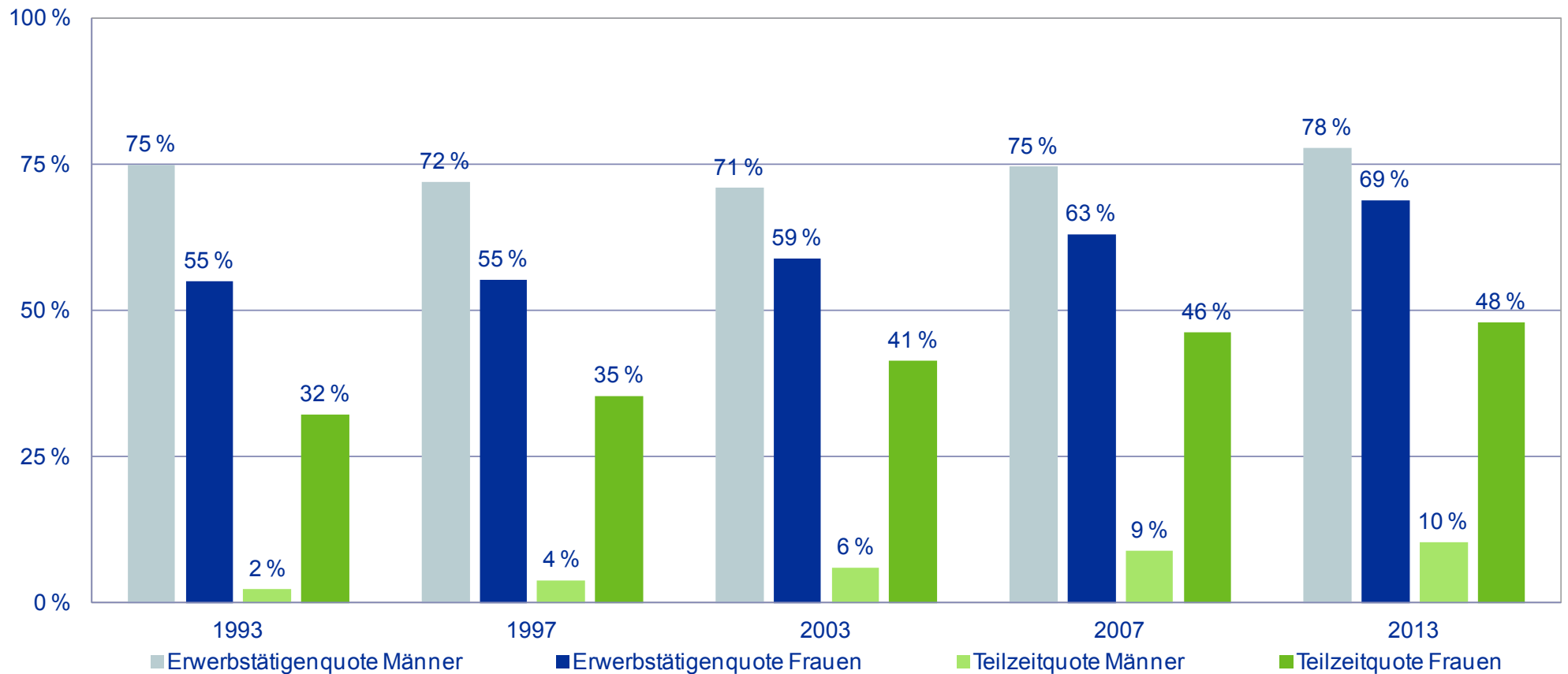
Arbeitszeitlücke zwischen Männer und Frauen verbleibt



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) 2015

Trotz der Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Unterschiede bei den jährlich geleisteten Arbeitszeiten erwerbstätiger Frauen und Männer sind seit über 20 Jahren nahezu konstant.

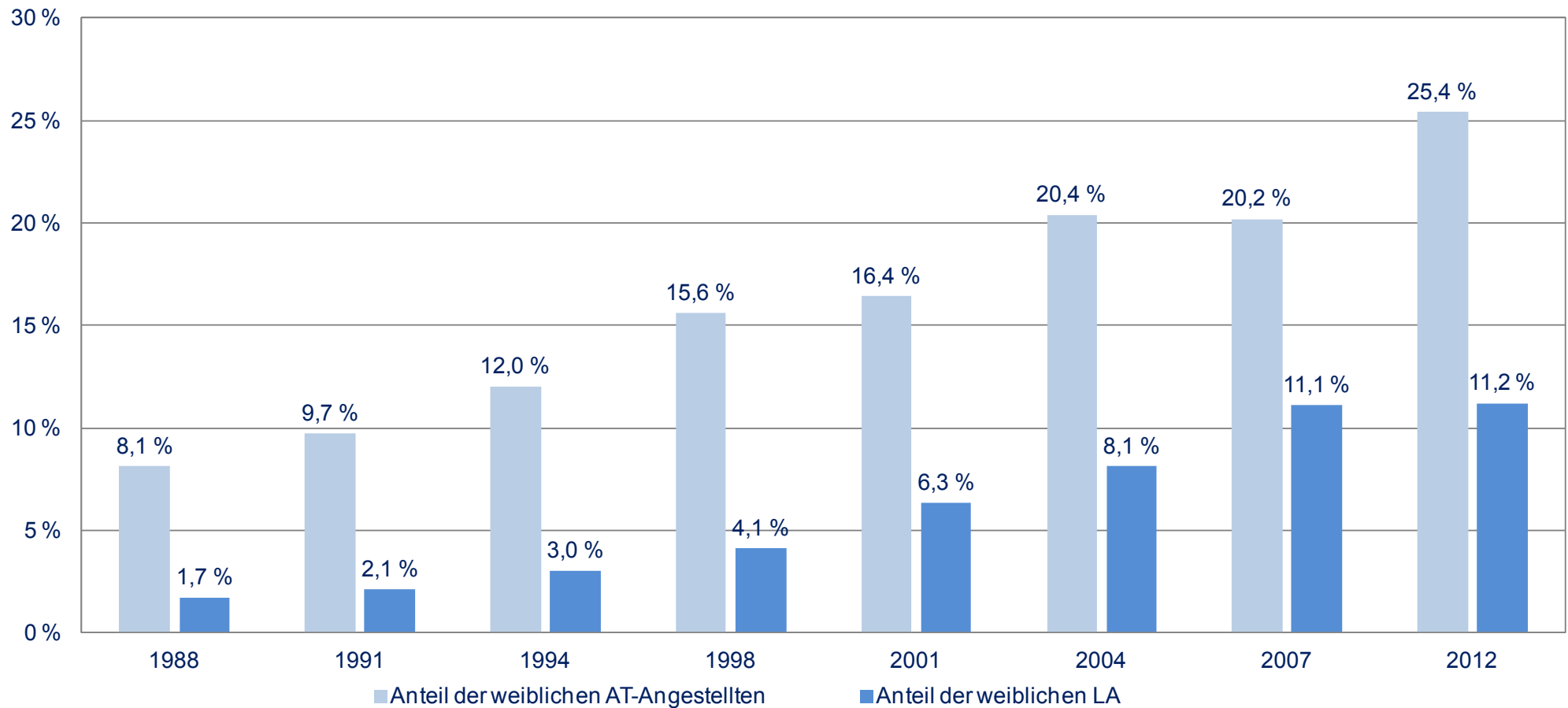
Erwerbstätigkeit von Frauen steigt – aber auch der Anteil von Teilzeit



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Hans-Böckler-Stiftung (eigene Darstellung)

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ein erheblicher Anteil des Anstiegs geht jedoch auf Teilzeitbeschäftigungen zurück, was auf fortbestehende Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere hindeutet. Im gleichen Zeitraum ist aber auch ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau die Teilzeitquote von Männern gestiegen. Dies ist ein Indiz in Richtung von Veränderungen bei den Rollenbildern und der innerfamiliären Aufgabenverteilung.

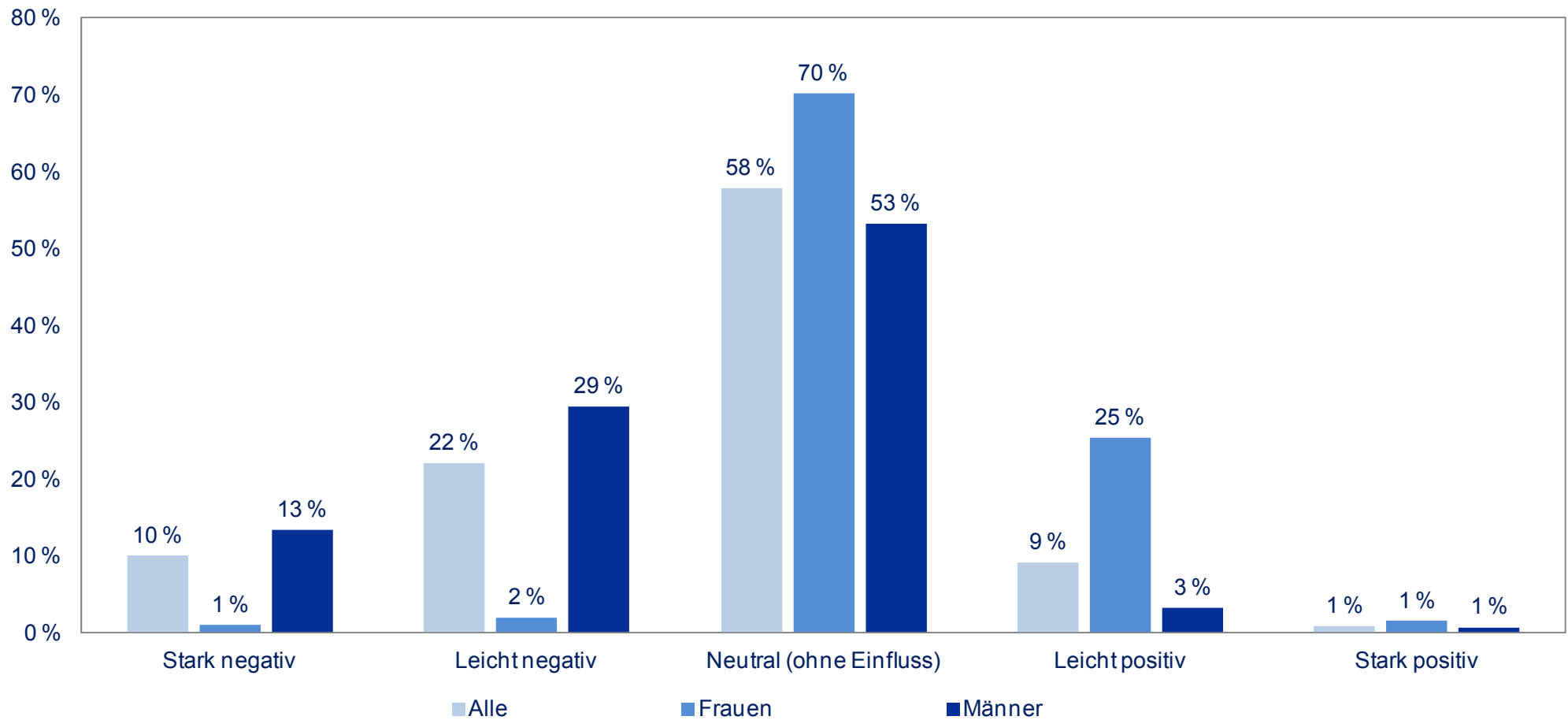
Frauen in Führungspositionen: AT-Anteil wächst, LA-Anteil stagniert



Quelle: BAVC 2012

Der Anteil der Frauen in Führungspositionen wächst kontinuierlich, aber langsam: Die aktuelle Führungskräftestrukturerhebung des Bundesarbeitsgeberverbandes Chemie (BAVC) zeigt, dass in der chemischen Industrie rund ein Viertel aller außertariflichen Angestellten (AT) weiblich ist. Die Positionen der leitenden Angestellten werden dagegen nur in etwas mehr als einem von zehn Fällen von einer Frau besetzt. Damit ist deren Anteil in den letzten Jahren zwar deutlich gestiegen, liegt aber nach wie vor im Vergleich zu anderen Branchen eher niedrig.

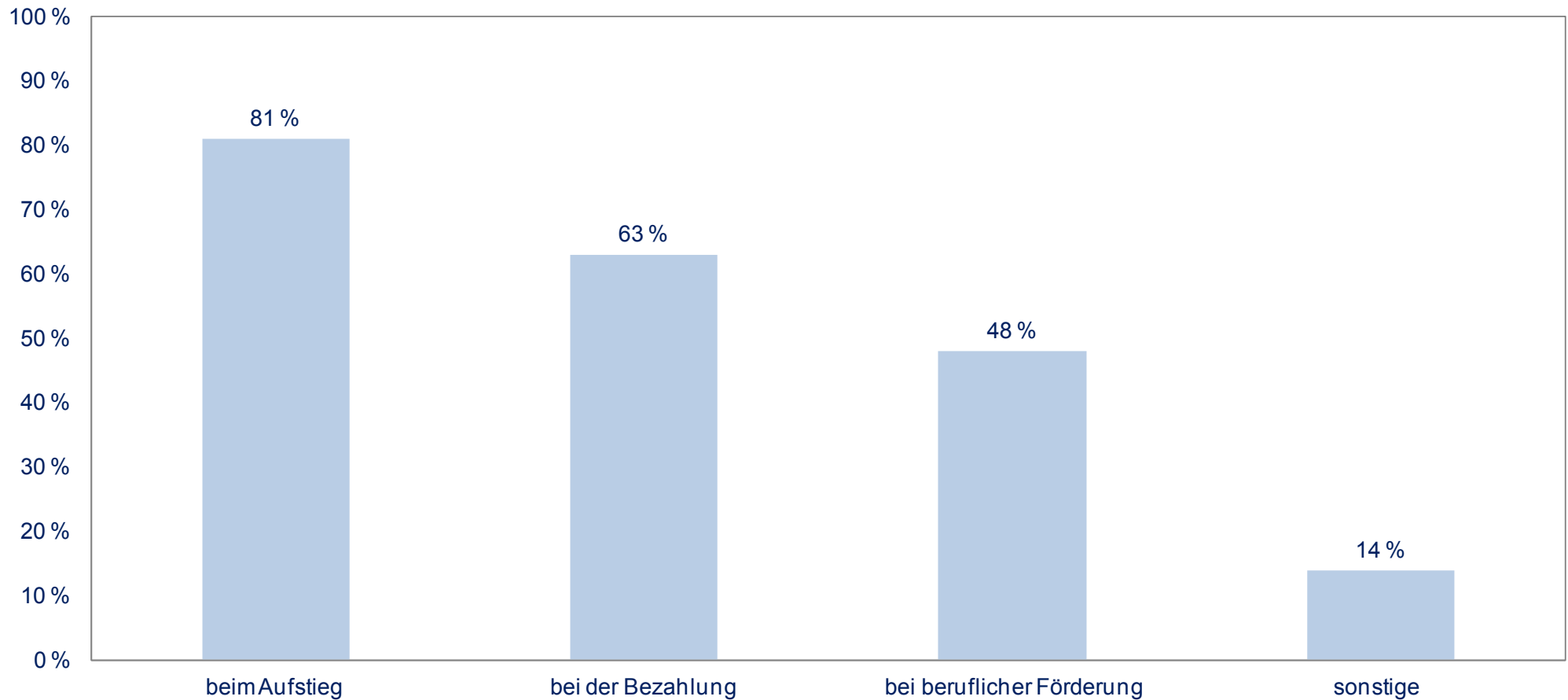
Karriereförderung für Frauen: Wirkung nur langsam spürbar



Quelle: VAA 2014

Programme zur Frauenförderung haben aus Sicht der meisten weiblichen Führungskräfte bislang keinen Einfluss auf die persönlichen Karriereaussichten. Das zeigt eine Umfrage des VAA aus dem Jahr 2014. Aus Unternehmen mit Maßnahmen zur Karriereförderung für Frauen schreiben 70 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer diesen Maßnahmen keinen Einfluss auf ihre bisherigen Karriereaussichten zu. Ein Viertel der Frauen nimmt einen leicht positiven Einfluss wahr, eine stark positive Wirkung spürt dagegen nur ein Prozent.

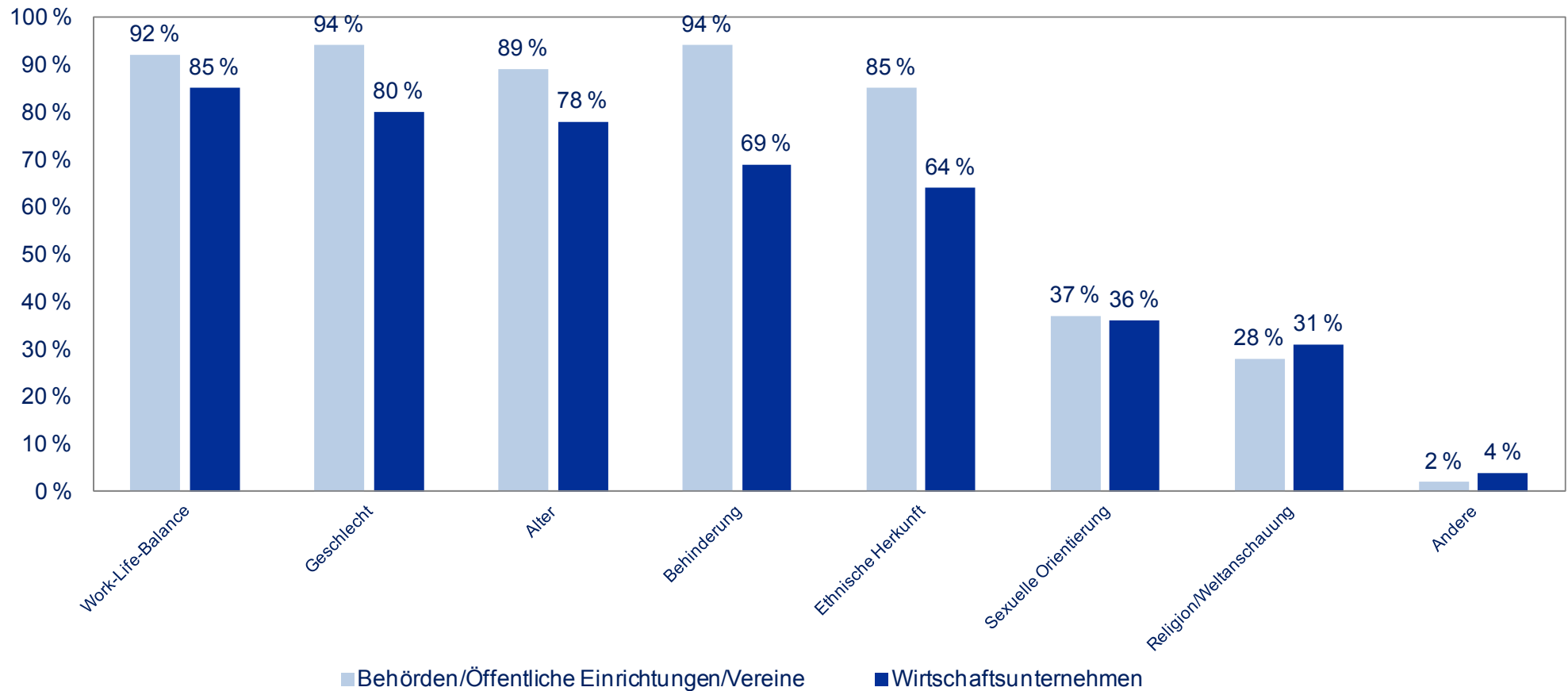
Chancengleichheit: Frauen vor allem beim Aufstieg benachteiligt



Quelle: VAA 2010

Viele Frauen fühlen sich bei der Karriere im eigenen Unternehmen nach wie vor benachteiligt: In der VAA-Chancengleichheitsumfrage 2010 gaben 62 Prozent der weiblichen Umfrageteilnehmer an, dass in ihrem Unternehmen Männer und Frauen ungleich behandelt werden. Frauen, die Ungleichbehandlung in ihrem Unternehmen sehen, geben zu 81 Prozent eine Benachteiligung im beruflichen Aufstieg, zu 63 Prozent bei der Bezahlung und zu 48 Prozent bei der beruflichen Förderung an.

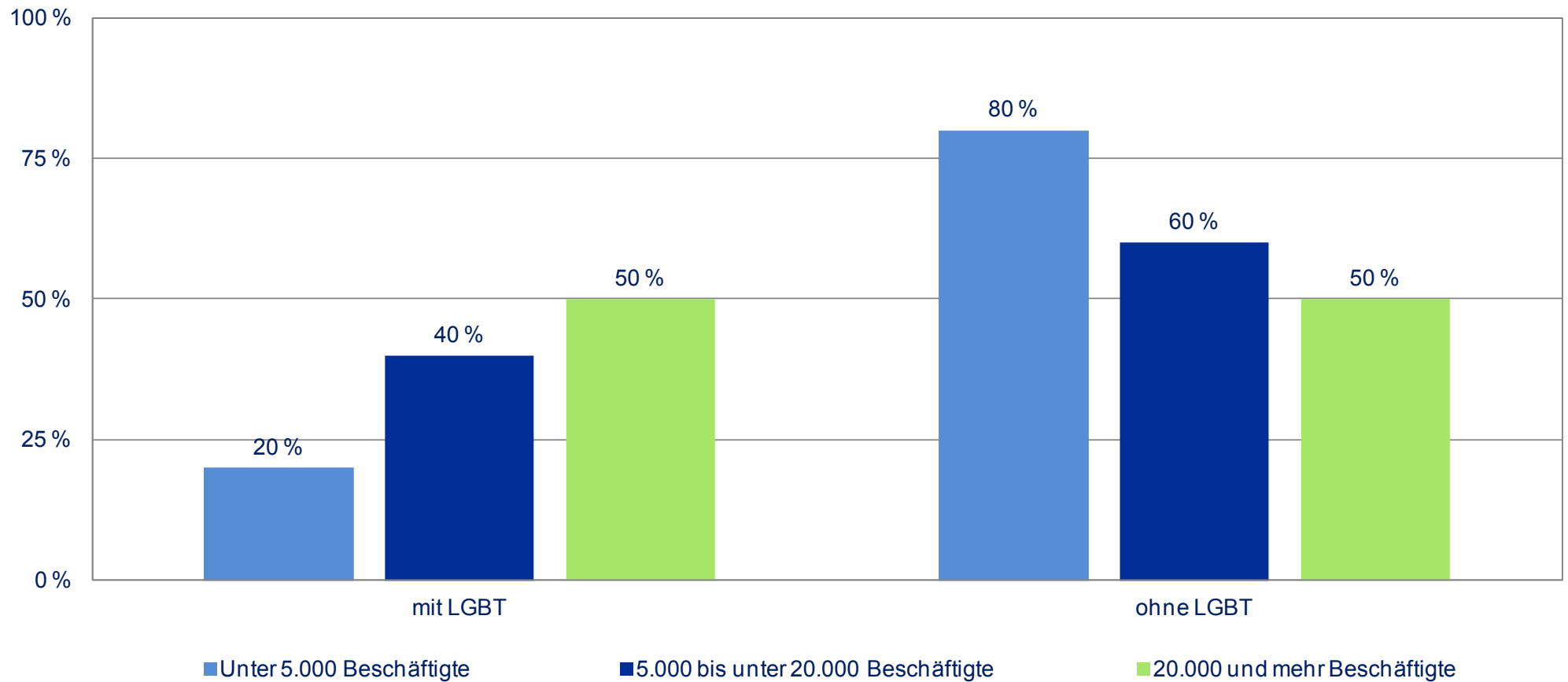
Diversity-Dimension: Große Unterschiede bei der Berücksichtigung



Quelle: Völklinger Kreis 2013

Zum Katalog eines ganzheitlichen Diversity Managements werden häufig die Dimensionen Geschlecht, ethnische Herkunft, Nationalität, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung sowie Identität und Religion beziehungsweise Weltanschauung gezählt. Allerdings werden diese Dimensionen in der Unternehmenspraxis in sehr unterschiedlichem Grad berücksichtigt: Während das Geschlecht fast immer Teil der Personalstrategie ist, werden beispielsweise die Religion und die sexuelle Orientierung deutlich seltener berücksichtigt.

LGBT-Engagement: Häufiger in großen Unternehmen



Quelle: Völklinger Kreis 2013

Ob die sexuelle Identität im Rahmen des Diversity Managements eines Unternehmens berücksichtigt wird, hängt stark von der Unternehmensgröße ab: Bei Unternehmen mit 20.000 und mehr Beschäftigten liegt der Anteil mit Engagement für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) bei 50 Prozent, bei Unternehmen mit weniger als 5.000 Beschäftigten nur bei 20 Prozent.